



**Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)**

Sachbericht zur Evaluierung

(Berichtszeitraum: 1/2010-09/2015)

24. November 2015

Inhalt

1.	Struktur	3
1.1.	Rechtsform, Auftrag, Organisation und Finanzierung	3
1.2.	Gremien der Einrichtung	4
2.	Umfeld der Einrichtung	4
2.1.	Nationales und internationales wissenschaftliches Umfeld der Einrichtung	4
2.2.	Bedeutung und wissenschaftspolitisches Interesse an der Einrichtung	5
3.	Gesamtkonzept und Profil	7
3.1.	Entwicklung der Arbeitsprogramme in den vergangenen Jahren	7
3.2.	Arbeitsergebnisse	11
3.2.1.	Forschung	11
3.2.2.	Forschungsbasierte weitere Arbeitsergebnisse	12
3.2.3.	Lehre	13
3.3.	Wissenschaftliche Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit	14
3.4.	Strategische Arbeitsplanung der Einrichtung für die nächsten Jahre – Entwicklungspotenzial des Forschungsfeldes bzw. des Arbeitsgebietes	15
3.5.	Angemessenheit der räumlichen, sächlichen und personellen Ausstattung, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der strategischen Arbeitsplanung	19
4.	Teilbereiche	21
4.1.	CORE	21
4.2.	ZEUS	23
4.3.	IFAR	25
4.4.	Institutsübergreifende Aktivitäten	27
5.	Kooperation und Vernetzung	28
5.1.	Institutionelle Kooperation mit Hochschulen	28
5.2.	Institutionelle Kooperation mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland	29
6.	Personal- und Nachwuchsförderung	30
6.1.	Personalentwicklung an der Einrichtung – Personalstruktur	30
6.2.	Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	31
6.3.	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	31
7.	Qualitätssicherung	32
7.1.	Internes Qualitätsmanagement der Einrichtung	32
7.2.	Qualitätsmanagement durch den Wissenschaftlichen Beirat bzw. Nutzerbeirat	32
8.	Verzeichnis der Anlagen	33

1. Struktur

1.1. Rechtsform, Auftrag, Organisation und Finanzierung

Das IFSH ist eine 1971 gegründete Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifterin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG).

Die grundsätzliche Aufgabenstellung des IFSH ergibt sich aus §1 der Satzung des IFSH und umfasst Forschung, Ausbildung, Beratung sowie Öffentlichkeitsarbeit mit thematischen (Frieden und Sicherheit) und regionalen (Europa) Schwerpunkten (siehe Anlage A1).

In den ersten Jahren der Tätigkeit des IFSH widmeten sich seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorwiegend Fragen des Ost-West-Konflikts, der kooperativen Rüstungssteuerung sowie zivil-militärischen Beziehungen. Der Gründungsdirektor Wolf Graf von Baudissin baute gute Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern in Bonn und politiknahen Institutionen, wie der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, auf. Unter anderem entsendet die Bundeswehr seit dieser Zeit regelmäßig einen Generalstabsoffizier als „Militärischen Anteil“ an das IFSH. Insbesondere in den frühen 1980er Jahren nahm der Umfang der Öffentlichkeitsarbeit zu. Die genannten thematischen Schwerpunkte wurden auch während der Direktorenschaft Egon Bahrs 1984-1994 beibehalten und vertieft. Einen besonderen Namen machte sich das Institut mit der Ausarbeitung des Konzepts der Gemeinsamen Sicherheit sowie, nach dem Ende des Kalten Krieges, der Grundzüge einer Europäischen Friedensordnung. In den 1990er Jahren widmeten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH verstärkt der Konflikt- und Postkonfliktforschung mit dem regionalen Schwerpunkt Balkan. 2000 erfolgte in Fortentwicklung der Arbeiten zur europäischen Sicherheit die Gründung des Zentrums für OSZE-Forschung am IFSH (Centre for OSCE Research, CORE), das zur führenden wissenschaftlichen Einrichtung in der Beschäftigung mit Fragen der OSZE wurde (siehe Abschnitt 4.1). Unter dem Direktor Dieter S. Lutz, der von 1994 bis zu seinem Tod 2003 das Institut leitete, wurden aber auch seit den 1970er Jahren am IFSH bearbeitete Themen wie Rüstungskontrolle und die gesellschaftliche Rolle der Bundeswehr weiter verfolgt sowie eine Reihe weiterer Themen in die wissenschaftliche Arbeit des Instituts aufgenommen. Besonderes Gewicht erhielt dabei nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 die Forschung zu Terrorismus und Maßnahmen zu seiner Bekämpfung. Dies fand seinen Ausdruck auch im Arbeitsprogramm „Transnationale Gewalttrisiken“, das zwischen 2008 und 2013 die Arbeit am IFSH anleitete. Dieses Arbeitsprogramm wurde 2013 durch ein neues Arbeitsprogramm mit dem Titel „Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“ (siehe Abschnitt 3.1) abgelöst.

Insgesamt ist die Arbeit des IFSH in den letzten Jahrzehnten durch Kontinuität und Wandel gekennzeichnet. Einige Themenbereiche, wie die Europäische Sicherheitsordnung, Rüstungskontrolle und zivil-militärische Beziehungen gehören durchgehend zum Profil des IFSH. Auch die Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und Politikberatung wird seit der Gründung des IFSH gepflegt. Gleichzeitig sind neue Themenfelder hinzugekommen, meist als Reaktion auf einschneidende politische Ereignisse. Einige dieser Themen, etwa die Forschung zum Balkan, waren nur für eine begrenzte Zeit für das IFSH von Bedeutung, andere, wie Forschung zum Terrorismus, sind es dauerhaft geblieben.

Eine bedeutende Erweiterung des Profils des IFSH brachte der Ausbau der Nachwuchsförderung in den frühen 2000er Jahren. Nachdem Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH bereits seit Jahren Lehrveranstaltungen an verschiedenen Universitäten durchgeführt hatten, wurde 2002 gemeinsam mit der Universität Hamburg der Studiengang Master of Peace and Security Studies (M.P.S.) eingerichtet (siehe auch Abschnitt 3.3). Er war der erste Master-Studiengang zur Friedensforschung in Deutschland. Auch die Doktorandenbetreuung wurde erweitert.

Mit dem Antritt der gegenwärtigen Institutsleitung erfolgte eine stärkere Betonung der wissenschaftlichen Arbeit am IFSH. Sie wurde auch vom 2008 neu formierten wissenschaftlichen Beirat des Instituts (siehe Anlage A7) nachdrücklich gefördert. Perspektivisch wird seit einigen Jahren die Möglichkeit eines Antrags auf Mitgliedschaft in der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz verfolgt, wobei Konsens unter den Beteiligten darüber besteht, dass die Forschungsressourcen des IFSH dafür gegenwärtig nicht hinreichend sind.

Seit 2002 ist das IFSH in drei Teilbereiche (CORE, ZEUS, IFAR², Abschnitt 4, Anlage A2,) organisiert, die jeweils von einem leitenden Wissenschaftler (Anlagen A3-A6) verantwortet werden. Institutsübergreifende Aktivitäten und die Kooperation mit der Universität Hamburg im Bereich der Klimafolgenforschung sind beim Wissenschaftlichen Direktor angesiedelt (siehe Abschnitt 4.4). Mit der Aufnahme des Arbeitsprogramms „Friedensstrategien heute“ wurden quer zu den drei Arbeitsbereichen Querschnittsarbeitsgruppen eingerichtet, deren Aufgabe es ist, die Forschung an den im Arbeitsprogramm benannten Themen voranzutreiben (Abschnitt 3.1).

Die Finanzierung des IFSH erfolgt durch jährliche Zuwendungen der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung (BWFG) der Freien und Hansestadt Hamburg und durch Drittmittel, die bei wissenschaftsfördernden Einrichtungen eingeworben werden.

1.2. Gremien der Einrichtung

Höchstes Entscheidungsorgan der Einrichtung ist das Kuratorium (siehe Anlage A8). Es trifft Entscheidungen, die von strategischer Bedeutung für das Institut sind, beschließt den Wirtschafts- und Forschungsplan und nimmt den Jahresbericht des IFSH entgegen. Kuratorium und Institutsleitung werden durch den Wissenschaftlichen Beirat unterstützt, der unter anderem Stellungnahmen zum jährlichen Forschungsplan und zum Jahresbericht erstellt (siehe auch Abschnitt 7.2). Zusätzlich besteht ein Institutsrat, der die Institutsleitung berät.

2. Umfeld der Einrichtung

2.1. Nationales und internationales wissenschaftliches Umfeld der Einrichtung

In Deutschland und im europäischen Ausland bestehen Forschungseinrichtungen und Schwerpunkte an Universitäten sowohl im Bereich der Friedensforschung als auch der Sicherheitspolitik (siehe Anlage A9). Das IFSH arbeitet mit einer Reihe dieser Institutionen punktuell zusammen (siehe Anlage A43), hebt sich von diesen aber durch seine thematische Fokussierung sowie die Verbindung von Friedensforschung und Sicherheitspolitik ab. Inhaltlich bestehen die größten Überschneidungen in Deutschland mit der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), die aber ein stärkeres Gewicht auf Friedensforschung im engeren Sinne legt, sowie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die fast ausschließlich wissenschaftlich gestützte sicherheitspolitische Beratung betreibt. Beide Einrichtungen sind deutlich größer als das IFSH. International ist das IFSH in seiner thematischen Ausrichtung am ehesten mit dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) und einigen europäischen Außenpolitikinstituten, die Forschung und Beratung verbinden, hier aber nicht im Einzelnen dargestellt werden, zu vergleichen.

Weitere wichtige Einrichtungen sind für einzelne Themenfelder zu nennen, so im Bereich Rüstungskontrolle das Center for International Security and Arms Control an der Stanford University (CISAC),

im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen das Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces/Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF). In diesen Feldern findet relevante Forschung auch an Universitäten statt.

In einem Abgleich mit diesen Institutionen lassen sich folgende Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale des IFSH erkennen:

- *Themeneingrenzung:* Mit dem Fokus auf Frieden und Sicherheit mit und in Europa (was den Einfluss externer Ereignisse und Faktoren einschließt) mit besonderem Gewicht auf dem Ost-West-Verhältnis hat das IFSH ein Alleinstellungsmerkmal. Ausgeprägt ist dabei das starke Profil im Bereich der Forschung zu Russland und anderen Ländern des post-sowjetischen Raums, das in Deutschland herausragend ist. Mit seinem Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) hat das IFSH die international führende Einrichtung zu Fragen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.
- *Verbindung Forschung, Beratung, Nachwuchsförderung.* Das IFSH investiert einen besonders hohen Anteil der Ressourcen in die Lehre (aber natürlich weniger als Universitäten). Was die Balance zwischen Forschung und Beratung angeht liegt das IFSH etwa im Mittel der betrachteten Institute (SWP und IISS haben mehr Beratung, PRIO, HSK weniger; BICC, INEF und SIPRI ähnlich viel).
- *Interdisziplinarität.* In der Verbindung mit der Universität Hamburg ist insbesondere die Verbindung von Sozial- und Naturwissenschaften eine Besonderheit. Im Bereich der Forschung zu nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle gehört die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) mit seiner naturwissenschaftlichen Ausrichtung international zur Spitzengruppe. Das gilt auch in ihrem Bereich für die Arbeitsgruppe Klimawandel und Sicherheit (CLISEC) an der das IFSH beteiligt ist.
- *Verbindung von Friedensforschung und Sicherheitspolitik.* Bei einer normativen Orientierung auf Frieden (Abschnitt 2.2) ist das IFSH um stetigen wissenschaftlichen Dialog mit Ansätzen der traditionellen Sicherheitspolitik bemüht. Dies wird insbesondere durch Berücksichtigung unterschiedlicher Methoden und wissenschaftstheoretischer Ansätze – von kritischen und konstruktivistischen zu liberalen und realistischen – für wichtige Forschungsthemen im IFSH. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dadurch sowohl in sicherheitspolitischen wie friedenswissenschaftlichen Kontexten sprech- und kooperationsfähig. Ein Beispiel dafür ist die Mitarbeit eines Offiziers der Bundeswehr als Wissenschaftler am IFSH. Diese Kombination findet sich so ähnlich nur noch bei SIPRI; ansonsten überwiegt die Perspektive der Friedensforschung (GIGA, INEF, PRIO, HSK) oder der Sicherheitspolitik (SWP, IISS).

2.2. Bedeutung und wissenschaftspolitisches Interesse an der Einrichtung

Ausgangspunkt der Arbeit des Instituts ist die Erforschung gesellschaftlicher und zwischenstaatlicher Friedensbedingungen. Anspruch der Einrichtung ist es, auf wissenschaftlicher Grundlage Beiträge zur Friedensförderung zu leisten. Friedensprozesse mit dem Ziel, den politisch motivierten Griff zu physischer Gewalt auch bei Interessengegensätzen zunehmend weniger wahrscheinlich zu machen, und so die Sicherheit, nicht Opfer kollektiver physischer Gewaltanwendung zu werden, zu erhöhen, bedürfen der Gestaltung, die von wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen profitieren kann. Frieden und Sicherheit sind und bleiben prekär; Friedensprozesse umkehrbar. Sicherheitspolitik kann wichtige Beiträge zu Friedensprozessen leisten, deren Ziel es ist, dass massive kollektive Gewaltanwendung weder legitimierbar noch materiell durchführbar ist, sie kann solchen Fortschritt aber auch verhin-

dem. Ziel der Forschung am IFSH ist es, normative Friedensziele mit interessengeleiteter Sicherheitspolitik in Einklang zu bringen, gefährliche Widersprüche mit inhärenten Gewaltpotenzialen zu überwinden und die Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit zu festigen. Auch wenn in manchen Bereichen Fortschritte zu verzeichnen sind, etwa die Abnahme der Zahl der Kriege nach dem Ende des Kalten Krieges, gibt es eine Vielzahl neuer internationaler und transnationaler Gewalttrisiken. Zudem hat sich das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen dramatisch verschlechtert und globale Machtverschiebungen deuten auf eine zunehmende Instabilität im internationalen System hin. Nuklearwaffen stellen weiterhin eine menscheitsbedrohende Gefahr dar. Der transnationale Terrorismus bleibt eine schwer einzuschätzende aber stets präsente Bedrohung. Der Klimawandel, sollte er unverändert fortschreiten, könnte zu lokalen und regionalen Gewaltkonflikten beitragen. Diese Beispiele zeigen, dass der bereits gegenwärtig vorhandene große gesellschaftliche Bedarf nach wissenschaftlich fundierter Beratung zu Fragen von Sicherheit und Frieden weiter wachsen wird. Das IFSH verfügt für diese Aufgabe über sehr gute Voraussetzungen, durch sozial-, regional- und naturwissenschaftliche Expertise, nationale und internationale Vernetzung und über die Jahre gewachsene Erfahrung.

Das IFSH erforscht satzungsgemäß aktuelle friedens- und sicherheitspolitische Risiken mit Bedeutung für Deutschland und Europa. In einer vielfältig vernetzten Welt entstehen solche Risiken offensichtlich nicht nur in und für Europa, aus forschungspragmatischen Überlegungen fokussiert die Arbeit des Instituts jedoch vor allem auf Europa, berücksichtigt aber auch ausgewählte Randregionen, wie Zentralasien und den Nahen und Mittleren Osten.

Sowohl gesellschafts- als auch wissenschaftspolitisch ist dabei die im IFSH praktizierte Verzahnung von Friedensforschung und Sicherheitspolitik von herausragender Bedeutung. Auch durch die Verbindung der Forschung mit politischer Beratung und Öffentlichkeitsarbeit ergibt sich eine unmittelbare und hohe gesellschaftliche Relevanz der Einrichtung. Sie wird durch die enge Verzahnung mit Lehre und Nachwuchsförderung, insbesondere im Rahmen des MPS, zusätzlich verstärkt.

Ein besonderes Merkmal der Arbeit des IFSH ist die Kontrastierung und Zusammenführung unterschiedlicher friedens- und sicherheitspolitischer Perspektiven auf diese Themen. Die personelle Zusammensetzung des Instituts macht produktive Auseinandersetzungen über die besten Wege zum Frieden möglich. Das IFSH verfügt zudem über eine Reihe von Instrumenten, über die Kontroversen und Dialoge zwischen Vertretern dieser Perspektiven geführt werden können, so etwa die Zeitschrift Sicherheit und Frieden oder die Bundeswehrkommission. Ein bedeutender Aspekt ist dabei auch das Einbringen naturwissenschaftlicher Kenntnisse sowie die Vernetzung mit einem breiten Spektrum an wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen vor Ort in Hamburg, hier vor allem mit der Universität Hamburg, sowie mit einer Vielzahl von Institutionen und Akteuren auf nationaler und internationaler Ebene. Diese gute Vernetzung des Instituts umfasst sowohl Vertreter der Friedensforschung als auch Kontakte zu Personen und Institutionen, die sicherheitspolitische Perspektiven vertreten.

Bereits in der Satzung ist das Ideal einer engen Verbindung von Forschung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit enthalten: Beratung auf der Grundlage von Forschung, öffentliches Interesse als Grundlage für die Prioritätensetzung bei den Forschungsthemen. Das IFSH sucht dieses Ideal gezielt umzusetzen, durch thematisch verschränkte Fokussierung auf einige Bereiche mit direkter Politikberatung sowie gezielte, qualitativ hochwertige Forschung zu friedens- und sicherheitspolitischen Fragen. In den beiden Themenfeldern Europäische Sicherheitsordnung/OSZE sowie Abrüstung/Rüstungskontrolle ist das IFSH eng mit der politischen Praxis verbunden. Auch in der Forschung sind diese Themen

stark vertreten. Sie werden erweitert durch andere Felder, in denen entweder die aktuelle Sicherheitspolitik kritisch begleitet wird, wie die Terrorismusbekämpfung, oder Fragen bearbeitet werden, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen könnten, so etwa die Folgen des Klimawandels. Das IFSH ist mit seinen Analysen zur internationalen Sicherheits- und Militärpolitik – mit besonderem Schwerpunkt auf der Untersuchung für Europa relevanter internationaler Organisationen – sowie der Erforschung von Konfliktursachen und der Untersuchung der Strategien deutscher und europäischer Akteure für Krisenprävention, Krisenmanagement und Friedenskonsolidierung eines der international führenden Forschungs- und Beratungsinstitute in Europa. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IFSH leisten damit auch wichtige Beiträge für die akademische Diskussion in Feldern der Friedens- und Konfliktforschung.

Ein weiteres Merkmal der Arbeit des IFSH sind Lehre und Nachwuchsförderung. Das IFSH hat sich früher und stärker als die meisten anderen Institutionen in seinen Themenfeldern in die universitäre Lehre eingebracht. Der Masterstudiengang MPS bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH die Möglichkeit, ihre Forschung zeitnah in die Lehre einzubringen, er ist auch ein wichtiges Instrument zur Gewinnung von Doktorandinnen und Doktoranden am IFSH, vor allem ist er aber ein Beitrag zur Stärkung und Verbreitung wissenschaftlich fundierter friedens- und sicherheitspolitischer Kenntnisse in einschlägigen Berufsfeldern.

3. Gesamtkonzept und Profil

3.1. Entwicklung der Arbeitsprogramme in den vergangenen Jahren

Die wissenschaftliche Arbeit am IFSH erfolgt im Kern im Rahmen von mittelfristigen Arbeitsprogrammen, die durch jährliche Forschungspläne konkretisiert und ergänzt werden.

Im Berichtszeitraum ist die Arbeit am Institut durch zwei Arbeitsprogramme angeleitet worden. Im Mai 2008 verabschiedete das Kuratorium des IFSH das Arbeitsprogramm „Transnationalisierung von Gewalttrisiken als Herausforderung europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik“. Ein wesentliches Ziel war die stärkere Fokussierung der Forschungsarbeiten auf ein sowohl für die Friedensforschung als auch die Sicherheitspolitik relevantes Problemfeld, nämlich grenzüberschreitende Risiken kollektiver Gewaltanwendung. Die Konzentration der Forschungsarbeit auf die Politiken europäischer sicherheitspolitischer Institutionen in diesem Problemfeld, insbesondere die OSZE und die EU, wurde aus den vorherigen Forschungsprogrammen übernommen. Ebenfalls beibehalten wurde die regionale Orientierung auf Europa und seine unmittelbare Peripherie, mit der Ergänzung, dass auch die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten der OSZE als Forschungsschwerpunkt mit einbezogen wurden. Eine ausführliche Begründung für die Auswahl dieser Thematik als Schwerpunkt der Forschungsarbeit findet sich im Arbeitsprogramm (Anlage A10).

Dem Arbeitsprogramm lag die Ausgangsbeobachtung zugrunde, dass eine wachsende Diskrepanz zwischen den friedens- und sicherheitspolitischen Anforderungen durch transnationale Gewalttrisiken und der Bearbeitung dieser Probleme auf multinationaler Ebene entstanden war, oder anders gesagt, ein Defizit an Mandaten und Kapazitäten auf Seiten der internationalen Organisationen. In den im Rahmen des Forschungsprogramms durchgeführten Projekten zu Piraterie, Terrorismusbekämpfung und Radikalisierung (siehe Anlage A12) wurde diese Hypothese sowohl am Beispiel einzelner internationaler Organisationen als auch ausgewählter Problemfelder (Dual-Use-Problematik, Rüstungsexportkontrolle) untersucht. Die Ausgangsbeobachtung wurde durch die Ergebnisse der Forschung im

Wesentlichen bestätigt. Die Nationalstaaten blieben auch dann dominierend, wenn die Problemkonstellationen eigentlich komplexere Formen von „security governance“ nahegelegt hätten. Dies ist ein spezifisches Ergebnis insbesondere des vom BMBF geförderten PiraT-Projekts, das Piraterie und maritimen Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit erforscht hat.¹

In theoretischer Absicht wurde das Konzept der „security governance“ zwischen-, trans-, und supra-staatlichem sicherheitspolitischem Regieren in mehreren Arbeiten spezifiziert, auf konkrete Fälle angewandt, kritisch analysiert und weiterentwickelt. Ein Ergebnis dieser konzeptionellen Arbeit ist das von drei Mitarbeitern des IFSH herausgegebene Special Issue der Zeitschrift *European Security*.²

Ein wichtiger Aspekt der Forschungsarbeit war auch die Frage nach der Effektivität sicherheitspolitischen Regierens. Zu dieser Frage wurden in den einzelnen Problemfeldern unterschiedliche Ergebnisse erzielt. Insgesamt zeigte sich aber, dass – anders als zu Beginn der Forschungsarbeit erwartet – multilaterale und Mehrebenenarrangements nationalem Regieren nicht immer überlegen waren. Die Untersuchungen zur Effektivität wurden von einer Arbeitsgruppe begleitet, die sich eingehend mit grundsätzlichen Fragen der Messung von Effektivität befasste. Aus der Arbeit dieser Gruppe ist eine gemeinsame Buchveröffentlichung hervorgegangen.³

Nicht nur institutionelle Kooperationsprobleme angesichts transnationaler Gewalttrisiken sind am IFSH im Zusammenhang mit Fragen sicherheitspolitischen Regierens untersucht worden, sondern auch Veränderungen von Normen. Ein von der DFG gefördertes Projekt hat Prozesse der Ausbreitung illiberaler Normen im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus erforscht. Teilergebnisse des Projekts sind unter anderem in einer Special Section der Zeitschrift *Critical Studies on Terrorism* publiziert worden.⁴

Im Rahmen des Arbeitsprogramms sind zahlreiche weitere Veröffentlichungen entstanden. Eine Reihe von ihnen ist in einem themenspezifischen Abschlussband zum Arbeitsprogramm noch einmal zusammengeführt worden.⁵

In seinem aktuellen Arbeitsprogramm „Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“ (Anlage A11) untersuchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH die Angemessenheit traditioneller liberaler Friedensstrategien unter veränderten weltpolitischen Bedingungen. Liberale Friedensstrategien, mit denen kollektive Gewaltanwendung weltweit durch Demokratisierung, wirtschaftliche Verflechtung, Rechtsstaatlichkeit und Verteilungsgerechtigkeit einhegt werden soll, sind in den letzten Jahren zunehmend infrage gestellt worden, etwa als „westliche“, nicht für alle Weltregionen geeignete und wünschbare Strategien, als in sich widersprüchlich oder als Fassade für Eigeninteressen und Machtansprüche. Darüber hinaus, und das ist das zentrale Ausgangsargument des Arbeitsprogramms, verändern sich im Rahmen vielfältiger Globalisierungsprozesse die Bedingungen für eine erfolversprechende Umsetzung und Verwirklichung im

1 Ehrhart, Hans-Georg, Kerstin Petretto, Patricia Schneider, Torsten Blecker, Hella Engerer und Doris König. Hrsg. 2013. *Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die Seehandelssicherheit Deutschlands*. Politik, Recht, Wirtschaft, Technologie. Demokratie, Sicherheit, Frieden 210. Baden-Baden: Nomos; Winner, Andrew C., Patricia Schneider und Awet T. Weldemichael. Hrsg. 2012. *Special Issue: Maritime Terrorism and Piracy in the Indian Ocean Region*. *Journal of the Indian Ocean Region* 8 (2). Abingdon: Routledge.

2 Ehrhart, Hans-Georg, Hendrik Hegemann und Martin Kahl. Hrsg. 2014. *Special Issue: Putting security governance to the test*. *European Security* 23 (2). Abingdon: Routledge.

3 Hegemann, Hendrik, Regina Heller und Martin Kahl. Hrsg. 2013. *Studying 'Effectiveness' in International Relations. A Guide for Students and Scholars*. Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

4 Heller, Regina, Martin Kahl und Daniela Pisoiu. 2013. *The "dark" side of normative argumentation in counterterrorism – an emerging research field*. *Special Section Critical Studies on Terrorism* 6 (3).

5 Brzoska, Michael. Hrsg. 2014. *European Peace and Security Policy: Transnational Risks of Violence*. Demokratie, Sicherheit, Frieden 214. Baden-Baden: Nomos.

historischen Kontext als westlich-liberal zu verortende Friedensstrategien und -politik. Die Herausforderungen sind besonders dort deutlich, wo Brüche mit westlich-liberalen Fortschrittsidealen sichtbar sind, wie bei Rüstung und Kriegführung westlicher Staaten, den wachsenden weltpolitischen Gewichten illiberaler Mächte und Werte oder innerstaatlicher Radikalisierung. Sie manifestieren sich aktuell zum Beispiel in dem Vorrang von sicherheitspolitischem gegenüber friedenspolitischem Denken selbst in liberalen westlichen Demokratien oder der Europäischen Union. Das Arbeitsprogramm fragt anhand von ausgewählten Themenclustern nach der Angemessenheit und der Wirksamkeit liberaler Friedensstrategien für die Politik westlicher institutioneller Akteure, insbesondere Deutschlands und der EU.⁶ Gegenstand der analytischen Arbeit sind dabei sowohl liberale friedentheoretische Konzepte als auch die aktuellen friedens-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Konzepte, Strategien und Maßnahmen der untersuchten Akteure. Die Friedenstheorien werden daraufhin geprüft, ob sie die Realität einer sich globalisierenden Welt und deren Zerklüftung angemessen erfassen. Die aus ihnen abgeleiteten Strategien werden daraufhin untersucht, ob mit ihrer Hilfe der Entstehung und Anwendung kollektiver Gewalt an Bruchstellen der Globalisierung tatsächlich entgegen gewirkt werden kann.

Angesichts der Fülle möglicher Forschungsthemen zu den Folgen der Globalisierung und der Anwendung und Einhegung kollektiver Gewalt ist eine Fokussierung notwendig. Das IFSH konzentriert sich in der Forschung auf drei Entwicklungen, die die in Europa und Deutschland dominierenden liberalen Friedensstrategien in besonderer Weise auf die Probe stellen: Erstens ist gegenwärtig bereits ein Wandel der Formen des gewaltsamen Austrags von Konflikten zu beobachten. Er zwingt zum Nachdenken darüber, was noch als „Krieg“ und als „Frieden“ bezeichnet werden kann, wer als Kriegsbeteiligter zu kategorisieren ist und wie diesen Entwicklungen und Phänomenen durch Verrechtlichung und Kontrollmechanismen Rechnung getragen werden kann. Zum zweiten finden Verschiebungen im internationalen Machtgefüge statt, die insbesondere durch ökonomisch erfolgreiche Staaten vorangetrieben werden, die nicht der OECD-Welt angehören und teils autokratisch regiert werden. Mit diesen Verschiebungen droht eine Verschärfung von Interessengegensätzen und ist auf westlicher Seite ein Verlust an Gestaltungsmacht verbunden. Drittens geraten aufgrund von globalisierungsbedingten Entwicklungen auch die westlichen Demokratien im Inneren unter Druck. „Unverfasste“ Globalisierungskräfte, etwa global agierende transnationale Akteure, drohen die Fundamente, auf denen die Demokratien beruhen, auszuhöhlen. Diese Entwicklungen sind von den liberalen Friedenstheorien noch nicht ausreichend erfasst worden und ihre Vertreter haben noch keine Ideen und Instrumente entwickelt, um damit angemessen umgehen zu können.

Das Arbeitsprogramm führt in neuer Weise zur Bündelung am IFSH vorhandener Kenntnisse und Forschungsaktivitäten, insbesondere zu den langfristig bearbeiteten Themenfeldern – europäische Friedens- und Sicherheitspolitik, Abrüstung und Rüstungskontrolle – und den Schwerpunkten des vorhergehenden Arbeitsprogramms. Eine wichtige Rolle nehmen dabei die drei neu eingerichteten Querschnittsarbeitsgruppen ein, die in einer Matrixstruktur Verbindungen zwischen den bestehenden Teilbereichen stärken sollen (siehe Schaubild). Sie befassen sich mit Schwerpunktthemen des Arbeitsprogramms und führen die Mitarbeiter/innen der Arbeitsbereiche des Instituts themenorientiert zusammen. So werden etwa in die Querschnittsarbeitsgruppe „Formenwandel von Gewalt“ Erkenntnisse aus der Forschung zu Terrorismus und Piraterie am IFSH, zu Arbeiten im Bereich von Risi-

6 Eine Diskussion unterschiedlicher Varianten liberaler Friedensstrategien findet sich in einem von Hendrik Hegemann verfassten Arbeitspapier. Hendrik Hegemann. 2015. Eine alte Idee in neuen Zeiten: Spielarten liberaler Friedensstrategien und die Bruchstellen der Globalisierung, ZEUS Working Paper 9, September 2015, unter: http://ifsh.de/file-ZEUS/pdf/Hegemann_Liberale_Friedensstrategien_ZEUS_WP_1409final.pdf.

kotechnologien, aus Untersuchungen zu Veränderungen im aktuellen Kriegsgeschehen und Überlegungen zur Kriegstheorie eingebracht. Im Mittelpunkt der Arbeit dieser Gruppe stehen gegenwärtig Fragen der „hybriden Kriegführung“ und des Wechselverhältnisses zwischen Kriegführung und moderner Rüstungstechnologie.

Schaubild: Forschungsthemen in der Organisation des IFSH

IFSH Querschnitts- kompetenzen	Teilbereiche und de- ren Kernkompetenzen	Querschnittsarbeitsgruppen und deren Themen		
		QAG1	QAG2	QAG3
		Formenwandel von Gewalt	Veränderung globaler Macht- strukturen und Normen	Innengesell- schaftliche Ge- waltpotenziale
Europäische Friedens- und Sicherheitspoli- tik Konfliktanalyse Rüstungs- kontrolle	CORE Friedens- und Sicher- heitspolitik der OSZE, die OSZE als Organisa- tion; Osteuropa, Zent- ralasien, Kaukasus		Perspektiven liberaler Frie- denspolitik für eurasisch- atlantischen Raum	Schwerpunkt Zentralasien/ Kaukasus
Security Governance Wirkungs- analyse	ZEUS Friedens- und Sicher- heitspolitik der EU und Deutschlands (GSVP- Missionen, Bundes- wehr, NATO, Terroris- mus, Radikalisie- rung, EU- Nachbarregionen),	Gewalteinsatz durch Staaten/ Staatsverbände und nichtstaat- liche Akteure	Perspektiven liberaler Frie- denspolitik Deutschlands und der EU	Schwerpunkt EU-Europa
Institutionelle Kooperation mit Universität Hamburg				
Klimawandel und Sicherheit (CLISEC) Naturwissen- schaftliche Friedens- forschung (ZNF)	IFAR Abrüstung, nukleare Nichtverbreitung, Risikotechnologien, Klimawandel und Si- cherheit	Rüstungstech- nologie und Proliferation		

In die Arbeitsgruppe „Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen“ werden sowohl Projekte zur Bedeutung von EU und OSZE für Fragen von Frieden und Sicherheit in Europa einbezogen als auch Projekte aus allen Abteilungen, bei denen die Analyse von Machtverschiebungen und Normenentwicklung im Vordergrund steht. In diesem Themenfeld soll die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem GIGA ausgebaut werden. Die Gruppe befasst sich gegenwärtig mit der Problematik, dass im Rahmen der Globalisierung einerseits neue, integrierende Systemstrukturen entstehen, die die Akteure zu kooperativem Handeln drängen, andererseits aber desintegrierende Tendenzen wie Regionalisierungen und kulturelle und normative Differenzierungen, die von unterschiedlichen Vorstellungen über Ordnung und Wandel begleitet werden.

Schließlich sind Projekte zum politischen System und zum Regieren in EU-Europa und in Zentralasien sowie Forschungen zur Radikalisierung in der Querschnittsarbeitsgruppe „Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale“ untergebracht. Ausgangsthese der Arbeitsgruppe ist, dass die innerstaatlichen Grundlagen, auf denen liberale Friedenstheorien beruhen, im Zuge der Globalisierung unter Druck geraten bzw. sich verändern. In diesem Zusammenhang werden Fragen des Erhalts und der Gewinnung politischer Legitimität vertieft angesprochen. Die Arbeitsgruppe fokussiert ihre Aufmerksamkeit darüber hinaus auf die Themenkomplexe Politisierung, Protest und Radikalisierung sowie auf staatliche Herrschaftstechniken, die zur Kontrolle solcher Entwicklungen eingesetzt werden. Insbesondere Techniken zur Legitimitätsgewinnung werden vergleichend zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Staaten diskutiert.

Die Gruppen haben ihre Arbeit im September 2013 aufgenommen und seitdem im monatlichen Turnus getagt. Neben der Aufarbeitung des Forschungsstandes zu den jeweiligen Themenfeldern sowie der Diskussion wichtiger neuer Texte und Forschungsergebnisse standen die Entwicklung von Projektideen sowie die kritische Diskussion von Antragsentwürfen und Manuskripten für Veröffentlichungen im Vordergrund. Aus der Arbeit der Gruppen sind bereits eine Reihe von Publikationen (<http://ifsh.de/forschung/veroeffentlichungen/>) und Projektanträgen hervorgegangen.

In Zukunft soll die Arbeit der Gruppen noch stärker auf spezifische Themenfelder fokussiert und diese intensiver aufgearbeitet werden. Nach gegenwärtigem Stand sind dies die Felder Hybridität in der Kriegführung und Waffentechnologien, nicht-eurozentrische/nicht-liberal-westliche Ansätze der Friedens- und Sicherheitsforschung sowie Radikalisierung und Herrschaftstechniken/Legitimitätsfragen in Demokratien und Nichtdemokratien. Parallel sollen die Forschungsergebnisse an die übergeordneten Fragestellungen des Arbeitsprogramms rückgebunden und soll diskutiert werden, wie sie für die Weiterentwicklung friedentheoretischer und -strategischer Überlegungen nutzbar gemacht werden können. Dazu sind auch von Fall zu Fall gemeinsame Sitzungen der Arbeitsgruppen geplant.

Mit dieser Ausrichtung des Arbeitsprogramms knüpft das IFSH an frühere Forschungstätigkeiten zu Fragen deutscher und europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik an und fokussiert sie auf aktuelle weltpolitische Entwicklungen und Dynamiken sowie die sich daraus ergebenden friedenspolitischen Konsequenzen. Gleichzeitig wird mit dem Arbeitsprogramm die Profilierung des IFSH an den analytischen und praktisch-politischen Schnittstellen zwischen Friedens- und Sicherheitsforschung sowie Friedens- und Sicherheitspolitik fortgesetzt. Während im vorhergehenden Arbeitsprogramm „Transnationalisierung von Gewalt Risiken als Herausforderung europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik“ vielfältig als „neu“ betrachtete Problemfelder und ein sich verändernder Blick auf Sicherheit im Vordergrund der Analyse standen, wechselt das aktuelle Arbeitsprogramm die Perspektive auf normative und praktische Friedenskonzepte sowie deren Angemessenheit und Verwirklichungschancen unter sich verändernden globalen Bedingungen.

3.2. Arbeitsergebnisse

3.2.1. Forschung

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am IFSH sind aufgefordert, in hochrangigen wissenschaftlichen Publikationen zu veröffentlichen. Angestrebt sind dabei Aufsätze in doppelt-blind begutachteten Zeitschriften, bevorzugt solche, die im „Web of Knowledge“ (ISI) erfasst sind, sowie Buchveröffentlichungen in renommierten wissenschaftlichen Verlagen (Anlage A27). Gleichzeitig betrachtet es das IFSH aber auch als seine Aufgabe, in Formaten zu veröffentlichen, die die Ergebnisse der For-

schung und Expertise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einem breiteren Kreis von Interessierten zugänglich machen, und unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen.

Die Anzahl referierter Aufsätze, einschließlich solcher in ISI-Zeitschriften, ist im Berichtszeitraum gesteigert worden. Dies ist nicht zuletzt auf eine Reihe von Maßnahmen zum Qualitätsmanagement zurückzuführen, die auch vom wissenschaftlichen Beirat eingefordert und unterstützt worden sind (Erstellung von Listen geeigneter Zeitschriften, Beratungsgespräche, Diskussion von Texten in den Arbeitsbereichen und QAGs, Finanzierung fremdsprachiger Überarbeitung). Gestiegen ist auch die Anzahl von Veröffentlichungen (Bücher und Einzelbeiträge) in fachlich gut ausgewiesenen ausländischen Verlagen (Routledge, Palgrave Macmillan, Springer Publishers, McGill-Queens University Press).

In der Auswahl der wichtigsten Veröffentlichungen (Anlage A13) finden sich besonders interessante Einzelveröffentlichungen, special issues und Sammelbände, in denen Ergebnisse größerer Forschungsprojekte zusammengetragen wurden, sowie Arbeiten, die aus Beratungskontexten entstanden sind und sich in besonderem Maße an politische Akteure wenden.

Insgesamt ist die Zahl der Veröffentlichungen in den letzten Jahren reduziert worden (Anlage A14). Das gilt insbesondere für die Hausreihen. Die Publikationsstrategie des IFSH gibt externen Publikationen Vorrang, dies schließt jedoch nicht aus, dass zentrale Publikationen und herausragende Promotionen weiterhin in der Reihe „Demokratie, Sicherheit und Frieden“ im Nomos-Verlag erscheinen.

Zudem fördert die Institutsleitung weiterhin, dass Texte, die auf der Forschung und Expertise von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH beruhen, in unterschiedlichen Formen und Formaten publiziert werden, um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen.

3.2.2. Forschungsbasierte weitere Arbeitsergebnisse

(a) Wissenschaftliche Dienstleistungen und Infrastrukturaufgaben

Das IFSH bietet wissenschaftliche Serviceleistungen für Außenstehende zunächst durch seine Bibliothek, die Studierenden sowie der Öffentlichkeit in der Großregion Hamburg zur Verfügung steht. Bibliothek und Dokumentation des IFSH weisen neben den Eigenpublikationen des Hauses und der Forschungsliteratur u.a. OSZE-Dokumente und Sekundärliteratur zur OSZE in den Online-Katalogen der Staats- und Universitätsbibliothek sowie im Spezialkatalog des Fachinformationsverbunds Internationale Beziehungen und Länderkunde (FIV) nach.

Das OSZE-Jahrbuch, das vom Auswärtigen Amt und dem IFSH (durch die Vollzeitstelle der Redakteurin Ursel Schlichting) ko-finanziert wird und seit 1995 jährlich in den drei Sprachen Deutsch, Englisch und Russisch erscheint, ist die zentrale Publikation zur OSZE. Das Jahrbuch enthält sowohl wissenschaftliche Beiträge zu den Aufgaben und Aktivitäten der OSZE als auch Erfahrungsberichte und Einschätzungen von politischen Entscheidungsträgern, Diplomaten und OSZE-Mitarbeitern aus den Fachabteilungen, Feldoperationen und Institutionen der OSZE. Das OSZE-Jahrbuch wendet sich an Studierende und Wissenschaftler ebenso wie an Journalisten, Politiker, Diplomaten und die interessierte Öffentlichkeit im In- und Ausland. IFSH-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter veröffentlichen regelmäßig im OSZE-Jahrbuch.

Das IFSH ist Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens, des „Flaggschiffs“ der deutschen Friedensforschung im politischen Raum. Ziel des Friedensgutachtens ist der Transport wissenschaftlicher Erkenntnisse zu aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Problemen in das

breitere politische und gesellschaftliche Umfeld. Das Friedensgutachten, das in der Erscheinungswoche bei zahlreichen Terminen in Bundestag und Exekutive vorgestellt und diskutiert wird, findet im politischen Berlin und in der Öffentlichkeit starke Beachtung. Aus dem IFSH kommen regelmäßig 3-4 der Aufsätze. Im Jahre 2016 liegt die Federführung beim IFSH.

Weiterhin wird am IFSH eine wissenschaftliche Zeitschrift (Sicherheit und Frieden) herausgegeben. Sie ist die führende deutschsprachige Zeitschrift an der Schnittstelle zwischen Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Jedes Heft enthält einen Schwerpunkt, der von wechselnden Herausgebern verantwortet wird. Die Redaktionsarbeit für die Zeitschrift wird weitgehend von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH geleistet. Diese sind auch an der Herausgabe weiterer Zeitschriften beteiligt gewesen (Anlage A15) und haben zahlreiche Begutachtungen durchgeführt (Anlage A16).

(b) Wissenschaftliche Beratung und Schulungen

Arbeitsgruppen und Einzelpersonen aus dem IFSH leisten in erheblichem Umfang politische Beratung (siehe auch Anlagen A17, A18). Hauptpartner war dabei in den vergangenen fünf Jahren das Auswärtige Amt. Das IFSH hat hier besonders enge und intensive Kontakte zu den Abteilungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie OSZE. Gegenwärtig besonders hervorzuheben ist das Projekt „Deep Cuts Commission“, in dem Wissenschaftler, Wissenschaftlerinnen, ehemalige Diplomaten und Militärs aus Deutschland, Russland und den USA diskutieren und an gemeinsamen Berichten zur nuklearen Abrüstung arbeiten. Das Projekt wird vom IFSH in Kooperation mit dem MGIMO (Moskau) und der Arms Control Association (Washington D.C.) organisiert und koordiniert. Nach der Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland ist die Commission international eine der wenigen „Track2“-Kontakte, in denen noch über Sicherheitsfragen diskutiert wird. CORE hat nicht nur sehr enge Arbeitsbeziehungen zum Auswärtigen Amt, sondern auch zur OSZE selbst sowie zu den OSZE-Vertretungen vieler Teilnehmerstaaten. Mit diesen werden häufig direkte Gespräche geführt, gemeinsame Tagungen veranstaltet und auch schriftliche Inputs erstellt. Für alle OSZE-Vorsitze der letzten Jahre (Kasachstan, Irland, Litauen, Ukraine, Schweiz, Serbien, Deutschland) hat CORE vor ihrer Arbeitsaufnahme Schulungen für Diplomatinen und Diplomaten durchgeführt.

Weitere Abnehmer von Beratungsdienstleistungen aus dem IFSH waren unter anderem das Verteidigungsministerium, das Bundesministerium für Bildung und Forschung, Ausschüsse, Fraktionen und Arbeitskreise im Deutschen Bundestag, der Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die Akademie der Wissenschaften in Hamburg sowie Politische Stiftungen und Nicht-Regierungsorganisationen (z.B. Pugwash, Gemeinsame Konferenz der Kirchen zur Entwicklungspolitik).

3.2.3 Lehre

IFSH und Universität Hamburg sind, in Zusammenarbeit mit dem Kooperationsverbund Friedensforschung (KOFRIES), Träger des einjährigen Studiengangs Master of Peace and Security Studies (MPS). Koordination und Administration des Studiengangs liegen beim IFSH. Die im KOFRIES vertretenen Residenzinstitute (Anlage A45) bieten Plätze für die Praktikums- und Forschungsphase im 2. Semester des Studiengangs sowie Lehrveranstaltungen an. Die Kapazität des Studiengangs ist auf ca. 25 Studierende festgelegt, wobei eine gleichgewichtige Balance zwischen männlichen und weiblichen, inländischen und ausländischen Studierenden angestrebt wird. Seit Beginn des MPS haben mehr als 250 Studierende einen Abschluss erreicht. Die Quote derjenigen, die innerhalb eines Jahres eine studien-

affine Beschäftigung gefunden haben, ist im Vergleich ähnlicher Studiengänge hoch. Der Studiengang ist 2006 akkreditiert und 2012 re-akkreditiert worden (siehe Anlage A30).

Darüber hinaus ist das IFSH an einer Reihe weiterer Studiengänge der Universität beteiligt, wodurch sich ein für das Personal eines lange Zeit nur auf Forschung und Beratung ausgerichteten Instituts relativ hohes Aufkommen an Lehre ergibt (Anlage A29). In den letzten Jahren hat das IFSH eine Reihe von Sommerschulen veranstaltet (Anlage A41).

3.3. Wissenschaftliche Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

(a) Konferenzen und zentrale Veranstaltungen an der Einrichtung

Das IFSH hat im Berichtszeitraum, vornehmlich in Hamburg und Berlin, aber darüber hinaus auch in internationalem Rahmen, zahlreiche wissenschaftliche Tagungen, Workshops und Konferenzen durchgeführt (Anlage A21). Die Veranstaltungen wurden überwiegend in Kooperation mit Partnern organisiert und über Drittmittel finanziert. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten dabei gemeinsame Veranstaltungen mit den Auswärtigen Amt, in denen Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler, Diplomaten und Regierungsexpertinnen zusammengebracht wurden.

Der breiteren wissenschaftlichen Vernetzung dienen insbesondere die jährlichen Workshops „Wege aus der Gewalt“, die das IFSH und das ZNF für die Friedensforschung in der Metropolregion Hamburg veranstalten, sowie der seit 2013 durchgeführte Zentralasientag, zu dem Regionalwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus Deutschland eingeladen werden.

IFSH-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter haben ihre Forschungsergebnisse in zahlreichen Vorträgen und auf Konferenzen vorgestellt (siehe Anlage A22).

(b) Öffentlichkeitsarbeit

Das IFSH betreibt sowohl aktive wie passive Öffentlichkeitsarbeit (Anlagen A23, A24). Zur aktiven gehören per Email versandte Stellungnahmen zu aktuellen Themen, das fünfmal im Jahr erscheinende IFSH aktuell, die IFSH-Webseite mit „News“ sowie öffentliche Veranstaltungen, vornehmlich in Hamburg. Eine noch aktivere Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere über die neuen Medien, ist seit einiger Zeit geplant, bisher aber wegen Mangels an personellen Ressourcen nur in Ansätzen erfolgt. Seit dem Sommer 2015 werden IFSH aktuell „Specials“ erprobt, um einzelne herausragende Publikationen aus dem IFSH einem größeren Kreis von Interessierten bekannt zu machen.

Das IFSH erreichen zahlreiche Medienanfragen, vornehmlich für Interviews aber auch für Stellungnahmen. Im Sinne des Satzungsauftrags sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem IFSH aufgefordert, auf solche Anfragen einzugehen, soweit sie Themen betreffen, denen eigene wissenschaftliche Forschung zugrunde liegt.

Die zeitliche Belastung durch die Beantwortung von Medienanfragen schwankt sehr stark mit dem öffentlichen Interesse an bestimmten Themen. Besonders präsent waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berichtszeitraum in den Themenfeldern nukleare Rüstung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Rüstungsexport, europäische Friedens- und Sicherheitsordnung, Terrorismus und Piraterie, Ukraine-Konflikt, sowie Israel-Palästina-Konflikt.

3.4. Strategische Arbeitsplanung der Einrichtung für die nächsten Jahre – Entwicklungspotenzial des Forschungsfeldes bzw. des Arbeitsgebietes

Perspektiven und Kompetenzen

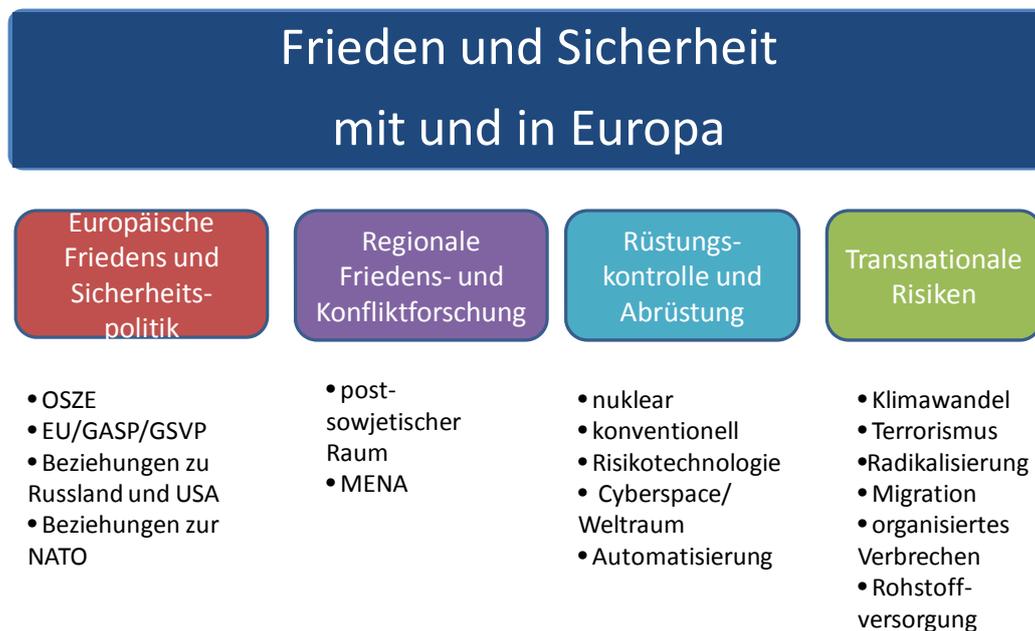
Langfristig soll die Orientierung des IFSH auf Forschung und Beratung zu „Frieden und Sicherheit mit und in Europa“ auch jenseits des aktuellen mittelfristigen Arbeitsprogramms erhalten bleiben. Dazu gehört die Untersuchung innereuropäischer Problem- und Themenfelder ebenso wie die Analyse von Konfliktdynamiken in der europäischen Peripherie und die Beschäftigung mit globalen, transnationalen Herausforderungen für Deutschland und Europa mit sozial-, regional- und naturwissenschaftlichen Methoden. Diese Orientierung ergibt sich aus historischer Entwicklung und aktuellen Stärken des IFSH. Mit ihr kann das IFSH im Konzert ähnlicher Einrichtungen bestehen und seine Bedeutung weiter konsolidieren.

Innerhalb dieser Orientierung sollen Profil und Alleinstellungsmerkmale des IFSH stärker herausgearbeitet werden. Hierzu dient bereits das laufende Arbeitsprogramm, in dem Themenfelder, in denen das IFSH sich hervorragenden internationalen Ruf erarbeitet hat, mit spezifischen Fragestellungen verbunden werden. Im Rahmen des laufenden Arbeitsprogramms sollen Ergebnisse zunehmend auf dessen Leitfragen fokussiert werden. Möglicherweise erfordert dies eine Verlängerung der aktuell geplanten Laufzeit bis 2018. Die Diskussionen darüber oder über die Formulierung eines neuen Arbeitsprogramms sollten spätestens Anfang 2017 beginnen. Im Rahmen zukünftiger Arbeitsprogramme sind neue übergreifende Fragestellungen und inhaltliche Schwerpunkte zu bestimmen.

Unabhängig von aktuellen Fragen sollten **vier Kompetenzfelder** das inhaltliche Gesamtprofil des IFSH ausmachen (Abb. 1):

1. Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik,
2. Regionale Friedens- und Konfliktforschung,
3. Rüstungskontrolle und Abrüstung,
4. Transnationale Herausforderungen.

Abbildung 1: Inhaltliches Profil des IFSH anhand von vier Themenfeldern



Die Kompetenzfelder bedingen und überschneiden sich gegenseitig. Die jeweiligen Unterpunkte beschreiben beispielhaft aktuell und absehbar wichtige Themen in den Kompetenzfeldern, die je nach gesellschaftlichem Bedarf und wissenschaftlichen Forschungsprioritäten angepasst werden.

Das Kompetenzfeld **„Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik“** fokussiert auf institutionelle Zugänge zu friedens- und sicherheitspolitischen Problemfeldern sowohl im und um den EU- sowie den OSZE-Raum. Von besonderer Bedeutung für deren Analyse sind die Beziehungen zu Russland, wie auch die südliche und östliche Nachbarschaftspolitik einschließlich der Beziehungen Europas zu den USA und China. Mit diesem Kompetenzfeld werden traditionelle Stärken des IFSH verstetigt, für die absehbar auch in den nächsten Jahren große gesellschaftliche Nachfrage bestehen wird. **„Regionale Friedens- und Konfliktforschung“** soll sich auch zukünftig insbesondere auf den post-sowjetischen Raum konzentrieren; darüber hinaus sollten möglichst auch andere Regionen/Staaten im europäischen Umfeld, etwa der Nahe/Mittlere Osten und Nordafrika, bearbeitet werden. Der Fokus sollte dabei auf der Verbesserung der Bedingungen für dauerhaften Frieden an den Rändern Europas liegen, einer wichtigen Grundlage für Frieden und Sicherheit in Europa. Im Kompetenzfeld **„Rüstungs-kontrolle und Abrüstung“** geht es um Instrumente, mit denen sowohl Gewaltdynamiken vorgebeugt oder beschränkt wie Friedensprozesse gefördert werden können. Beides wird auf absehbare Zeit an politischer Bedeutung zunehmen. Kompetenz in diesem Bereich erlaubt auch die Analyse der rasanten technisch-wissenschaftlichen Dynamik moderner Rüstungstechnologie mit ihrem Einfluss auf künftige Kriegführung wie auch der Möglichkeiten zu ihrer Kontrolle und Einhegung, z.B. durch Verträge und Abkommen. Für dieses Kompetenzfeld sind sowohl naturwissenschaftlich-technische als auch sozialwissenschaftliche Kenntnisse unabdingbar. Frieden und Sicherheit mit und in Europa sind eingebettet in fortschreitende Globalisierung mit **„transnationalen Risiken“** wie Klimawandel, Terro-

rismus, Radikalisierung, Piraterie und Migration. Deren Analyse ist daher grundlegend für die Bearbeitung des Leitthemas.

Kompetenzfeld 1: Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik

Den unverzichtbaren gesamteuropäischen und euro-asiatischen Rahmen europäischer Sicherheit bildet die OSZE. Der Ukraine Konflikt unterstreicht ihre zentrale Rolle auf dem Felde ziviler Konfliktbearbeitung und regionaler Konflikteinhegung. Die Vielzahl eingefrorener und mögliche neue Konflikte machen die Organisation auch künftig zu einem zentralen Gegenstand der Analyse für das IFSH. Europas Engagement in der Welt nimmt angesichts fortschreitender Globalisierung zu. Im Mittelpunkt stehen die EU, ihre Mitgliedstaaten und Partner, die Strategien, Konzepte und Mittel entwickeln und einsetzen, die aus einer friedenswissenschaftlichen und friedenspolitischen Perspektive hinterfragt werden sollen. Dieses Vorgehen erfordert sowohl die Analyse der Außen- und Sicherheitspolitik einzelner Mitgliedstaaten (insbesondere Deutschlands) und der EU (insbesondere der GASP/GSVP) als auch der Nachbarregionen südlich und östlich der EU. Zu den relevanten Partnern zählen Drittstaaten wie die USA und Russland, internationale Organisationen wie die NATO und die UNO, Regionalorganisationen wie die AU, Nichtregierungsorganisationen und andere gesellschaftliche Akteure. Aber auch Asien (insbesondere ASEAN und China) wird angesichts seiner weltpolitischen Bedeutung mittelfristig für den Kernbereich europäischer Sicherheitspolitik unverzichtbar.

Kompetenzfeld 2: Regionale Friedens- und Konfliktforschung

Zur Bearbeitung seines allgemeinen Leitthemas zu „Frieden und Sicherheit mit und in Europa“ benötigt das IFSH hauseigene Expertise über die innen- und außenpolitischen Verhältnisse in einer Reihe von kritischen Ländern und Subregionen. Dies betrifft neben den wichtigen Mitgliedstaaten der EU insbesondere Russland, die Ukraine, den Kaukasus und Zentralasien, aber auch Belarus und Moldau. Eine Vielzahl von ungelösten und offenen Gewaltkonflikten an Europas östlicher und südlicher Peripherie prägt die Strukturen in diesen Regionen und zeugt von einem hohen Maß an politischer Instabilität. Frieden und Stabilität in Europa hängen aber entscheidend auch von einer stabilen, sicheren und friedlichen Lage in seiner Nachbarschaft ab. Dabei wird für die Bearbeitung friedens- und sicherheitspolitischer Fragen keine voll entwickelte Regionalforschung angestrebt, sondern ein anschlussfähiges Wissensniveau mit einer Spezialisierung auf Konflikt- und Herrschaftsanalyse. Darüber hinaus ist Expertise über den Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika sowie China wünschenswert. Hier bietet sich enge Kooperation mit dem GIGA mit seiner regionalwissenschaftlichen Expertise an, wobei die Rolle des IFSH vor allem in der Einbringung friedens- und sicherheitspolitischer analytischer Konzepte einerseits und der europäischen friedens- und sicherheitspolitischen Perspektive andererseits bestehen sollte.

Kompetenzfeld 3: Rüstungskontrolle und Abrüstung

Moderne Rüstungskontrolle wird vor dem Hintergrund der globalisierten Wissenschafts- und Technikentwicklung, fortschreitender Machtkonkurrenz, schwelender Regionalkonflikte und auch in Zukunft begrenzt wirkender Sicherheitsarchitekturen ein zentrales Mittel für Konfliktprävention, Krisenfrühwarnung und Friedenskonsolidierung bleiben. Das Konzept der Kontrolle von Rüstungen fußt auf völkerrechtlich bindenden Verträgen ebenso wie auf Maßnahmen zur Vertragseinhaltung oder technischer Überwachung (Verifikation). Die Abrüstung der Nuklearwaffen bis hin zu ihrer vollständigen Eliminierung („Global Zero“) bleibt eine wesentliche Forderung nachhaltiger globaler Politik ebenso wie die Vermeidung von Wettrüsten, regionalen technikinduzierten Konflikt dynamiken oder der Wei-

terverbreitung von nuklearen wie konventionellen Risikotechnologien. Zudem werden sich die vorhandenen Konflikte auch schrittweise auf den Cyberspace oder auf den Weltraum auswirken. Forschung am IFSH in diesem Bereich profitiert von der Zusammenarbeit mit dem ZNF, die Potenzial für weiteren Ausbau hat.

Kompetenzfeld 4: Transnationale Risiken

Die Grenzen zwischen inneren und äußeren Sicherheits Herausforderungen und Konfliktkonstellationen verschwimmen zusehends, was neue, transnationale Herausforderungen für Deutschland und Europa zur Folge hat. Dazu gehören im engsten Bereich der Sicherheitspolitik der internationale Terrorismus, Radikalisierung, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie organisierte Kriminalität, zum Beispiel Piraterie. Hier ist das IFSH unmittelbar angesprochen. Aber auch die Bearbeitung grundlegender globaler und regionaler Trends wie menschliche Mobilität/ Migration, Rohstoffverfügbarkeit oder die Auswirkungen des Klimawandels wird zunehmend Teil europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik. Daher gewinnt ihre Analyse als Grundlagenforschung für das Leitthema des IFSH an Bedeutung. Am IFSH selbst wird diese Forschung nur punktuell durchführbar sein, weswegen auch hier die Kooperation mit anderen Einrichtungen insbesondere an der Universität Hamburg gesucht werden muss.

Ziele und Ressourcen

Innerhalb dieser vier, sich teilweise überlappenden Kompetenzfelder wird auf der Grundlage des Satzungsauftrags auf die folgenden Ziele hingearbeitet:

- 1) theoriegeleiteter Aufbau von Wissen zur historischen Entwicklung und zum aktuellen Stand von Frieden und Sicherheit mit und in Europa;
- 2) darauf aufbauend Entwicklung von Strategien, Instrumenten und Konzepten zur Wahrung und/oder Verbesserung von Frieden und Sicherheit in und mit Europa;
- 3) Zurückspeisung dieser Ergebnisse in die
 - a. *Wissenschaft*: durch Lehre, Vorträge und wissenschaftliche Publikationen;
 - b. *Politik*: durch Briefings, Workshops, Studien und Beteiligung in Expertenkommissionen sowie Konferenzen
 - c. *Öffentlichkeit*: durch Präsenz in den Medien und öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Diese Ziele zu erreichen erfordert eine leistungsfähige, vertikal und horizontal vernetzte Struktur. Die zurzeit aus drei **Teilbereichen** (ZEUS, CORE und IFAR) und drei Querschnittsarbeitsgruppen bestehende Struktur sollte für das laufende Arbeitsprogramm grundsätzlich beibehalten, aber gegen Ende auf ihre Effektivität überprüft werden. Je nach Forschungsinteressen, Ressourcen und der Ausrichtung des nächsten Mittelfristigen Arbeitsprogramms sollte sie gegebenenfalls neu gestaltet werden.

Die Erreichung dieser Ziele in den vier Kompetenzfeldern erfordert eine hinreichende personelle Ausstattung.

- Gegenwärtig ist dies nur für das Kompetenzfeld Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik gegeben, dem die Mehrzahl der gegenwärtig CORE und ZEUS zugeordneten Stellen zuzurechnen ist. Die vorhandenen personellen Kapazitäten müssen aber gestärkt werden, um die gegenwärtige Stärke des IFSH in diesem Kompetenzfeld nicht zu gefährden.
- Im Kompetenzfeld regionale Friedens- und Konfliktforschung ist die Expertise prekär. Der Ausbau des regionalen Schwerpunktes Zentralasien erfordert weitere Ressourcen. Die Analyse der

Konstellationen in der südlichen Nachbarschaft, insbesondere Nordafrika/ Sahelzone und Naher/ Mittlerer Osten ist gegenwärtig nicht gewährleistet. Das IFSH deckt derzeit personell Expertise für den Konflikt in der Ukraine, die Konfliktdynamik im Kaukasus sowie in Zentralasien ab, mittel- und langfristig ist dies jedoch aufgrund befristeter Arbeitsverträge der jeweiligen Experten und Bearbeiter nicht sicher. Hier wird eine Verstärkung der Expertise durch eine weitere Stelle angestrebt. Noch unsicherer ist die Prognose für die Möglichkeiten einer substantiellen Auseinandersetzung mit den Konflikten in Afghanistan, der südlichen Peripherie und anderen Konflikten. Hier wird angestrebt, zumindest die inhaltliche Anschlussfähigkeit für eine verstärkte Kooperation mit anderen Institutionen, insbesondere dem GIGA, zu haben. Dies gilt mittelfristig auch für China.

- Das Kompetenzfeld Abrüstung und Rüstungskontrolle benötigt mindestens zwei Stellen, von denen unbedingt eine von einer Person mit naturwissenschaftlich-technischer Ausrichtung besetzt sein sollte. Momentan ist diese Mindestausstattung nicht gegeben. Durch die Besetzung einer Juniorprofessur soll die politikwissenschaftliche Expertise wieder gestärkt werden. Daneben ist aber auch eine Stärkung der naturwissenschaftlich-technischen Kompetenz erforderlich, nicht zuletzt, um auch die Kooperation mit dem ZNF stärken und Zukunftsthemen mit dringendem Forschungsbedarf bearbeiten zu können.
- Das Kompetenzfeld transnationale Risiken ist einerseits besonders zukunftssträchtig andererseits aber so breit gefächert, dass personelle Ressourcen nur sehr flexibel geplant werden können. Am IFSH sollte dauerhaft zumindest Kompetenz für die unmittelbar friedens- und sicherheitspolitischen Risiken, wie Terrorismus, sowie zur Verfolgung relevanter Trends und zur Anbahnung und Umsetzung von Kooperation mit anderen Institutionen, wie dem GIGA, vorhanden sein. Darüber hinausgehende Ressourcen werden über Drittmittel einzuwerben sein.

Neben der personellen Ressourcenausstattung insgesamt ist auch die Erhaltung spezifischer Kompetenzen für das IFSH entscheidend. Dazu gehört zum einen die Stärkung naturwissenschaftlich-technischer Expertise im Kompetenzfeld Abrüstung und Rüstungskontrolle. Ziel ist dabei nicht naturwissenschaftliche Grundlagenforschung, die im ZNF erfolgt, sondern Anwendungswissen im Kompetenzfeld. Zum zweiten ist die Erhaltung von Beratungskompetenz am IFSH unerlässlich. Sie erfordert besondere Kenntnisse und Fähigkeiten, die nicht mit denen identisch sind, die eine genuin wissenschaftliche Karriere erfordert. Das insbesondere durch CORE und IFAR aufgebaute Sozialkapital sollte nicht verschleudert werden, was die Rekrutierung von Personal mit besonderen Fähigkeiten in der wissenschaftlichen Beratung erfordern wird. Ebenso wichtig bleibt aber drittens auch die Anschlussfähigkeit an aktuelle wissenschaftliche Debatten sowohl in der Friedens- und Konfliktforschung wie in den zentralen am IFSH vertretenen Fachdisziplinen. Schließlich sind kulturelle und Sprachkenntnisse zu nennen. Das IFSH sollte auch in Zukunft Gewicht darauf legen, eine größere Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit russischen Sprach- und Kulturkenntnissen zu beschäftigen.

3.5. Angemessenheit der räumlichen, sächlichen und personellen Ausstattung, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der strategischen Arbeitsplanung

Die räumliche Ausstattung des IFSH ist momentan angespannt, aber ausreichend. Zurzeit arbeiten etwa die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einzelbüros, die anderen in Büros mit zwei bis vier Arbeitsplätzen. Wichtigste Stellschraube für die Steuerung der Raumauslastung bei schwankenden Drittmiteleinahmen ist die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler sowie Praktikantinnen und Praktikanten.

Das IFSH hat im Berichtszeitraum aufgrund der Diskrepanz zwischen Lohnsteigerungen und einem Zuwachs der institutionellen Förderung von nur 0,5% jährlich finanziellen Spielraum in Höhe etwa einer halben Stelle pro Jahr verloren (Anlage A25). Dies konnte teilweise durch Umschichtungen von Sach- auf Personalmittel und teilweise durch eine besonders hohe Drittmittelquote (40 %) ausgeglichen werden. Dadurch ergaben sich allerdings besondere Herausforderungen bei der Erfüllung von zentralen Aufgaben, wie der Projektleitung, der institutsinternen Kommunikation und infrastrukturellen Aufgaben, wie der Betreuung der Webseite oder der Herausgabe der Zeitschrift Sicherheit und Frieden. Zudem war die Drittmittelinwerbung in den verschiedenen Arbeitsbereichen über die Jahre in unterschiedlichem Maße erfolgreich.

Die Drittmittelstrategie des IFSH ist an der thematischen Fokussierung des Instituts einerseits und seinem Ziel, in Forschung und Beratung wettbewerbsfähig zu sein, ausgerichtet (Anlagen A19, A20). Anträge werden daher sowohl bei klassischen Forschungseinrichtungen wie bei politiknahen Institutionen eingereicht. Besonders erfolgreich war das IFSH in der Vergangenheit bei Anträgen im Bereich der Forschungsförderung der EU (7. Rahmenprogramm, Horizon2020). Dies ist auch ein Hinweis auf den hohen Grad der (in diesem Fall europäischen) Vernetzung des IFSH. Am IFSH sind wiederholt ethische Fragen der Drittmittelfinanzierung diskutiert worden, die sich insbesondere durch die Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Fragestellungen einerseits und die friedenspolitische Orientierung des Instituts andererseits ergeben. Auf Grund dessen wurde ein Angebot, an einem vom US-amerikanischen Verteidigungsministerium finanzierten Projekt zum Thema Radikalisierung teilzunehmen, von der Institutsleitung abgelehnt.

Aufgrund des geringen Zuwachses der institutionellen Förderung reicht die personelle Ausstattung des IFSH (Anlage A28) zunehmend weniger für die skizzierten Aufgaben des IFSH in Forschung, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Lehre und wissenschaftlicher Infrastruktur aus (Anlage A26). Einige Aufgabenprofile sind bereits verkleinert worden, hierzu gehören neben der Reduzierung der Zahl der Publikationen, insbesondere in hauseigenen Reihen, auch die Dokumentation und die Redaktionsarbeit für die Zeitschrift Sicherheit und Frieden. Pläne für die Modernisierung der Öffentlichkeitsarbeit wurden zurückgestellt.

Aus einer Aufstellung des Zeitaufwandes für verschiedene Tätigkeiten am IFSH (Anlage A26) wird deutlich, dass die Forschungsleistung am IFSH stark von externer Finanzierung abhängt. Forschung ist die mit Abstand wichtigste Tätigkeit, aber Lehre, Herausgabe von wissenschaftlichen Zeitschriften und Jahrbüchern, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit machen jeweils für ein Institut dieser Größe erheblichen Anteil am Zeitbudget der institutionell geförderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Auf Grund von Steigerungen in der institutionellen Förderung, die deutlich unter den Tarifsteigerungen lagen hat das IFSH in den letzten Jahren einen sinkenden Anteil der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen finanzieren können. Von den 10,3 Stellen wissenschaftliches Personal im Stellenplan können auf Grund der angespannten finanziellen Situation 2015 nur 8,3 finanziert werden, 2016 werden es weniger als 8 sein.

Besonders problematisch ist die Verminderung der Mittel für die Nachwuchsförderung und damit auch die adäquate wissenschaftliche Behandlung für zentrale Themen des IFSH. Die de facto Personalkürzungen der letzten Jahre haben in Verbindung mit der Altersstruktur des Instituts – es hat in den letzten zehn Jahren nur eine Verrentung eines wissenschaftlichen Mitarbeiters gegeben – den Spielraum für die Beschäftigung von Nachwuchswissenschaftlern/innen fast auf null schrumpfen lassen. Dies bedeutet für die weitere wissenschaftliche und personelle Entwicklung des Instituts eine

Schwächung. Die Einwerbung externer Mittel wird mit dem von Jahr zu Jahr zahlenmäßig geringer gewordenen institutionell geförderten Personal zunehmend schwieriger.

4. Teilbereiche

4.1. CORE

Das von Wolfgang Zellner geleitete Zentrum für OSZE-Forschung / *Centre for OSCE Research* (CORE) wurde Anfang 2000 im Beisein von Bundespräsident Johannes Rau gegründet und ist weltweit die einzige Einrichtung, die sich speziell der Erforschung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) widmet. CORE verbindet Forschung mit Lehre, Beratung und Veröffentlichungstätigkeit. In OSZE-Kreisen gehört CORE zu den renommiertesten Forschungs- und Beratungsinstitutionen und wird als politisch unabhängiger, deutscher Think Tank wahrgenommen. CORE gibt seit 1995 das OSZE-Jahrbuch heraus – international *die* Schlüsselpublikation für Fragen der OSZE. CORE war ab 2003 federführend an Gründung und Aufbau der OSZE-Akademie in Bischkek beteiligt. Seit 2007 bereitet CORE in speziellen Trainings Diplomaten von OSZE-Staaten auf die Übernahme des OSZE-Vorsitzes durch ihre Regierungen vor. CORE war Mitinitiator des 2013 gegründeten akademischen Netzwerks der OSZE und ist aktuell dessen Koordinierungsinstitut. CORE gehört zum Beraterkreis der Bundesregierung in Vorbereitung des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016.

Forschungsprojekte

Den Grundstock für die OSZE-Expertise von CORE haben in den ersten fünf Jahren seiner Existenz mehrere Forschungsprojekte zu zentralen inhaltlichen Fragestellungen der Tätigkeit der OSZE gelegt. Themen waren die Wirksamkeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE (DFG), die Effizienz der OSZE-Feldoperationen, die Demokratisierungsarbeit der OSZE in Zentralasien und die Polizeiarbeit der OSZE in Südosteuropa (VolkswagenStiftung, DSF). Dieser Forschungsstrang wurde im Wesentlichen in den ca. 25 OSZE-bezogenen Beratungspapieren fortgeführt, die CORE seitdem für das Auswärtige Amt erarbeitet hat. Heute verfügen CORE-Mitarbeiter/innen über vertiefte Kenntnisse in fast allen Bereichen der weit gefächerten Agenda der OSZE. Seit einigen Jahren hat CORE seinen Forschungsschwerpunkt auf regionale Fragestellungen verlagert. Das betraf zunächst den Balkan, später stärker Russland, die Ukraine und Zentralasien. Themen waren u.a. die Wirksamkeit von Power-Sharing-Modellen am Beispiel des Friedensabkommens von Ohrid (Mazedonien), die Ukrainepolitik Russlands, Fragen regionaler Kooperation in Zentralasien sowie Modernisierungsstrategien in Kasachstan (Dissertationsprojekte).

Gegenwärtig ist die CORE-Forschung überwiegend bei der Querschnittsarbeitsgruppe 2 angesiedelt. Themen aktueller Forschungsvorhaben sind Russlands Engagement in internationalen Organisationen zwischen Unilateralismus und Multilateralismus, Machtstrategien und Kooperation in Eurasien und Normdynamiken in Zentralasien unter dem Einfluss externer Akteure (Anträge i.V.). Dazu kommen laufende Dissertationsprojekte zum säkular-islamischen Dialog in Tadschikistan und zu den Auswirkungen des Abzugs der NATO-Streitkräfte aus Afghanistan auf Zentralasien. In der akademischen Lehre engagieren sich CORE-Mitarbeiter/innen im Rahmen des *Master of Peace and Security Studies*

mit dem vielleicht einzigen Seminar zur OSZE an einer deutschen Universität sowie mit Seminaren und Blocklehrveranstaltungen zu Russland und Zentralasien.

Beratung, Vernetzung, Training und Publikationen

Beratungsaktivitäten spielten schon immer eine besondere Rolle bei CORE, dafür existiert ein laufender Projektrahmen mit dem Auswärtigen Amt. Dabei sind die folgenden Tätigkeitsfelder von Bedeutung. Jährlich werden zwei bis drei *Policy Papers* zu aktuellen OSZE-Politiken erstellt, meist für das Auswärtige Amt, aber auch für andere Einrichtungen wie etwa die Studien *Managing Change in Europe* (2005) und *Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE* (2007) für das finnische Außenministerium. Studien dieser Art wurden in der Regel von internationalen Autorengruppen unter Leitung von CORE erarbeitet. Auch zu Fragen konventioneller Rüstungskontrolle wurden Studien für das Auswärtige Amt erarbeitet.

Eine Studie mit spezieller Bedeutung für die Gespräche in der OSZE war der im Jahr 2012 vorgelegte Bericht *Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community. From Vision to Reality*, der durch die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Polens und Russlands bei CORE und drei Partnerinstituten in Auftrag gegeben worden war. Für die Erarbeitung des Berichts gründeten die vier Institute 2012 speziell die internationale *Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community (IDEAS)*, aus der später das akademische OSZE-Netzwerk hervorging.

Aktuell liegt der Schwerpunkt der Beratungsaktivitäten von CORE auf der Vorbereitung des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016, wozu CORE mit mehreren Studien, der Teilnahme an internen Konferenzen des Auswärtigen Amtes und zwei Trainings beigetragen hat.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Trainings, insbesondere für Staaten, die sich auf die Übernahme des OSZE-Vorsitzes vorbereiten. Trainiert wurden Gruppen von Diplomaten/innen von Kasachstan, Litauen, Irland, der Ukraine, der Schweiz, Serbiens und Deutschlands sowie, ohne Vorsitz-Bezug, der Mongolei. Ein weiterer Schwerpunkt sind Projekte zur Förderung des säkular-islamischen Dialogs in Tadschikistan und Zentralasien, insbesondere in den frühen 2000er Jahren, aber auch fortgeführt bis in die jüngste Vergangenheit. Dazu kommt die Organisation von Workshops und Konferenzen, häufig zusammen mit dem Auswärtigen Amt, zu OSZE- und Rüstungskontrollthemen. 2013 und 2015 wurden in Kooperation mit dem AA kombinierte Track I/Track II-Workshops zur Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa durchgeführt.

CORE war eine der Schlüsselinstitutionen bei der Gründung der OSZE-Akademie in Bischkek ab 2003. Und schließlich gehörte CORE im Jahr 2013 zu den Initiatoren und Gründern des erwähnten *OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions*. Der Leiter von CORE koordiniert dieses Netzwerk mit seinen aktuell 47 Einrichtungen aus 35 Staaten. Mit bisher drei Forschungsprojekten hat das Netzwerk direkt zu den Gesprächen der OSZE-Delegationen beigetragen. Derzeit sind drei größere Vorhaben für das deutsche OSZE-Vorsitzjahr 2016 in Planung: Ein Gesamttreffen der Mitglieder des OSZE-Netzwerks in Hamburg („OSCE Network Meets Chairmanship; Finanzierung AA und FHH), ein internationales Projekt zu „Protracted Conflicts: Innovative Approaches“ (Finanzierung: AA) und ein großes Dialogprojekt zu Fragen der Zukunft europäischer Sicherheit (Planungsstadium).

Einen besonderen Stellenwert hat für CORE die Herausgabe des „OSZE-Jahrbuchs“, das in Englisch, Deutsch und Russisch erscheint. Das nun seit 20 Jahren unter dem OSZE-Logo herausgegebene Jahrbuch ist international die Schlüsselpublikation für Fragen der OSZE. Bis auf die jeweils jüngste Ausgabe ist sie im Internet verfügbar. Daneben unterstützen CORE-Mitarbeiter/innen die Zeitschrift *Securi-*

ty & Human Rights, die sich insbesondere OSZE-Fragen widmet. Neben der kontinuierlichen Mitarbeit als Herausgeber (Leiter CORE), wurden gelegentlich auch *Special Issues* produziert, z.B. zu Zentralasien und aktuell zum deutschen OSZE-Vorsitz 2016.

4.2. ZEUS

Das von Hans-Georg Ehrhart geleitete Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik (ZEUS) wurde 2001 durch Beschluss des Institutsrats zur Umsetzung des Forschungsplans 2002-2007 gegründet. Ziel war es, die forschungsstrategische Ausrichtung stärker auf die EU als friedens- und sicherheitspolitischen Akteur und als zunehmend relevanten Handlungsrahmen für Deutschland und seine europäischen Partner zu legen. Vier Gründe waren damals maßgebend: Die Perspektive, dass die EU langfristig zum funktionalen Zentrum der Sicherheitsgewährleistung für Europa und seine Peripherie werden würde, die Erweiterung der EU nach Osten und Südosten, ihre Vertiefung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die sich hieraus ergebende veränderte Rolle der EU in der Welt.

Forschungsprojekte

Die Forschung des ZEUS in den letzten fünf Jahren lässt sich in zwei Phasen einteilen. Bis 2013 bestimmte das 2008 begonnene Mittelfristige Arbeitsprogramm (MAP) mit seiner Ausrichtung auf die Bearbeitung transnationaler Sicherheitsrisiken den Großteil der Projekte. Im Zentrum stand die Frage, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten im Zeitalter der postnationalen Konstellation die Entstehung und Ausbreitung transnationaler Gewaltkonflikte konstruktiv bearbeiten können. Konzeptionell und theoretisch zielte die Forschung am ZEUS auf die Entwicklung eines Analysekonzepts zur „Security Governance“. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die u.a. zwei internationale Workshops ausrichtete sowie ein Buch und ein Sonderheft der Zeitschrift *European Security* veröffentlichte. Darüber hinaus wurden viele der im Rahmen von ZEUS gewonnenen Erkenntnisse in die IFSH-übergreifende Arbeitsgruppe „Wirkungsforschung“ eingespeist bzw. dort konzeptionell und empirisch weiter verarbeitet.

Die Forschungsprojekte zum MAP 2008-2013 befassten sich mit verschiedenen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Ein Projekt zum Afghanistankonflikt wurde in mehrjähriger Zusammenarbeit mit dem Centre for International Relations der Queen's University durchgeführt und brachte zwei Buchpublikationen mit internationaler Autorenschaft hervor. In einem von der EU geförderten Projekt befassten sich zwei ZEUS-Mitarbeiter mit Aspekten der „Multistakeholder Security Partnership“. Im Rahmen eines vom BMBF mit insgesamt einer Million Euro geförderten Forschungsprojekts wurden „Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung für die deutsche Seehandelssicherheit“ untersucht. Im Laufe des Projekts wurden zahlreiche (internationale) Konferenzen/Workshops durchgeführt und eine Reihe von Publikationen fertiggestellt. Terrorismusbekämpfung und Radikalisierung waren zwei weitere Themen, an denen ZEUS-Mitarbeiter/innen im Rahmen von DFG- und BMBF-geförderten Drittmittelprojekten gearbeitet haben. Auch zu diesen Projekten wurden zahlreiche Workshops veranstaltet und Arbeiten publiziert. In einem weiteren Projekt wurde die Transformation substaatlicher Gewaltakteure im Nahen Osten als Herausforderung für die EU analysiert. Außerhalb des Arbeitsprogramms waren drei Projekte angesiedelt: das eine befasste sich mit der Theorie und Praxis von Gewaltkonflikten, ein weiteres DFG-gefördertes Projekt mit neuen Ansät-

zen zur Erklärung russischer Außenpolitik. Das dritte Projekt, von der EU finanziert, hatte die zivile Sicherheit zum Gegenstand.

Der Übergang vom alten zum neuen Arbeitsprogramm erfolgte „fließend“, weil Themen wie Terrorismus und Radikalisierung an das neue Programm anschlussfähig waren und sich wie etwa die Forschung zur russischen Außenpolitik innerhalb einer veränderten Projektausrichtung weiterentwickeln ließen. Gleichzeitig wurde damit begonnen, neue Themenbereiche zu erschließen. Vor dem Hintergrund des derzeitigen Arbeitsprogramms befassen sich die Mitarbeiter/innen am ZEUS mit der Umsetzung, Wirkung und Angemessenheit von traditionellen und gegenwärtigen Friedensstrategien. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Strategien, Konzepte und Mittel, die die EU, ihre Mitgliedstaaten und Partner angesichts der durch die Globalisierung veränderten Bedingungen in ihren Außenbeziehungen einsetzen, aus einer friedenswissenschaftlichen und friedenspolitischen Perspektive angemessen sind.

Die Forschung am ZEUS wird überwiegend in den neu eingerichteten institutsübergreifenden Querschnittsarbeitsgruppen (QAG) vorangetrieben. ZEUS leistet insgesamt sieben Beiträge zu den drei QAG. Innerhalb von QAG 1 wird das Thema „Zur Rolle der EU beim Formwandel kollektiver Gewalt“ behandelt. In QAG 2 sind die Projekte „Legitimität als Quelle von Staatlichkeit: Palästina in der UNO“, „Das Streben nach Respekt: Eine Untersuchung der sozio-emotionalen Dimension in Russlands Beziehungen zum Westen“ und „Threat, Challenge or Partner: Constructions of China and Russia in Canadian and U.S. Security Policy of the Arctic“ angesiedelt. In QAG 3 sind die Projekte „VOX-Pol. Violent Online Political Extremism (VOPE). Virtual Centre of Excellence for Research in Violent Online Political Extremism (EU-Projekt)“, „Radicalization and political violence from a subcultural perspective“ und „Die Politik der Überwachung und ihre Politisierung: Legitimation und Kontestation sicherheitspolitischen Regierens nach Snowden“ angesiedelt. Darüber hinaus wird im ZEUS das arbeitsbereichsspezifische Forschungsprojekt „Frieden durch Kooperation? Die EU und asiatische Regionalorganisationen“ bearbeitet. Über die Forschungsprojekte im Rahmen der QAG hinaus verfolgt das ZEUS im kommenden Jahr auch zwei kleinere Buchprojekte, eines zum Thema „Terrorismus und Terrorismusbekämpfung“, das andere zum Thema „Maritime Sicherheit“. Hinzu kommt das Promotionsprojekt „Transnationale Sicherheitsvorsorge im maritimen Raum“ neu hinzu. Wiederaufgenommen wird das wegen der MPS-Betreuung ausgesetzte Promotionsprojekt „Elitenwechsel in Bosnien-Herzegowina in der Transition“.

ZEUS ist – trotz der tendenziell abnehmenden Zahl der Mitarbeiter/innen und des wachsenden Wettbewerbs auf dem Drittmittelmarkt – bestrebt, seine Drittmittelquote zu halten. Zwei ZEUS-Projekte werden gegenwärtig drittmittelfinanziert (DFG und EU), ein DSF-Antrag soll Ende 2015 eingereicht werden, zwei DFG-Anträge sollen 2016 einreichungsreif sein. Zudem sind ZEUS-Mitarbeiter/innen an eingereichten EU-Anträgen beteiligt. ZEUS ist bemüht, die Anzahl der referierten Publikationen, insbesondere solche in ISI-gelisteten Zeitschriften, zu erhöhen. Zurzeit ist jede dritte Veröffentlichung referiert. Zudem streben mehrere Mitarbeiter/innen von ZEUS eine akademische Weiterqualifizierung in Form einer Habilitation an. Obwohl der Schwerpunkt weiterhin auf der Forschung liegen wird, wird ZEUS auch künftig politiknahe Beratungsprojekte durchführen und der Öffentlichkeit für Interviews und Vorträge zur Verfügung stehen.

Mittelfristige Schwerpunkte und Ziele

Mittelfristig sollen die im laufenden Arbeitsprogramm neu begonnenen Themen weiterentwickelt werden. So könnte z.B. die Forschung zum Formenwandel der Gewalt und dem Verhalten der Indust-

riestaaten am Beispiel von Gewaltkonflikten östlich und südlich der EU zur Bearbeitung grundlegender Fragen wie der Theoriefähigkeit von Krieg, dem Zusammenspiel von Technologie und Interventionspolitik oder den friedenspolitischen (intendierten und nichtintendierten) Folgen des Gewaltmitteleinsatzes durch Industriestaaten führen. Die Forschung zur Rolle Russlands und der Ukraine wirft die Frage nach der Entwicklung der Staatlichkeit in beiden Ländern und deren Rückwirkung auf die Kooperationsfähigkeit mit der EU auf. Terrorismus, die Politik der Überwachung in westlichen Staaten sowie Radikalisierungsprozesse werfen nicht nur Fragen nach Legitimität- und Effektivität auf, sondern auch solche nach Verwundbarkeit, Resilienz und neuen Ansätzen des Regierens. Die Staatswerdung Palästinas ist nur ein Teilaspekt eines Problembündels in einer Nachbarregion der EU, die durch Krieg, Staatszerfall und Flüchtlingsbewegungen gekennzeichnet ist. In allen Fällen sind sowohl die deutschen und europäischen Politikansätze kritisch auf ihr friedenspolitisches Potenzial zu befragen als auch die friedentheoretischen und friedensstrategischen Grundlagen auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Ob dieses Forschungspensum künftig bewältigt werden kann, hängt stark davon ab, wie sich die Drittmittelquote entwickelt und wie lange die strukturellen Kürzungen des IFSH-Haushalts anhalten. Diese Faktoren werden sich auch auf die Möglichkeiten der Wissensvermittlung durch ZEUS-Mitarbeiter/innen auswirken, sei es im Rahmen der Lehre im MPS-Studiengang oder bei der wissenschaftlichen Beratung bzw. dem Wissenstransfer in die Öffentlichkeit.

4.3. IFAR²

Die von Götz Neuneck geleitete Interdisziplinäre Forschungsgruppe für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) wurde 2001 gegründet, um auf Grundlage naturwissenschaftlicher Kompetenz in Kooperation mit sozialwissenschaftlicher Expertise die komplexen Interaktionen von militärtechnischen Entwicklungen, Waffeneinsatz, Proliferation, der Strategiedebatte und dem sicherheitspolitischen Umfeld zu analysieren und Möglichkeiten und Vorschläge für Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und Abrüstung zu erarbeiten. Zu diesem Zweck wurden und werden basierend auf einer Rüstungstechnologiefolgenabschätzung militärrelevante Wissenschafts- und Technologiefelder bearbeitet und analysiert. Schwerpunkte sind (1) die sicherheitspolitischen Implikationen von Risiko- und Rüstungstechnologien und sich verändernden Strategien, (2) das Monitoring der fortschreitenden Rüstungsdynamik unter Rüstungskontrollpolitik und (3) Grundlagen und Möglichkeiten für die Weiterentwicklung von Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und Abrüstung nach Ende des Ost-West-Konflikts sowie die Entwicklung von anwendungsbezogenen Konzepten präventiver Rüstungskontrolle. IFAR² arbeitet interdisziplinär, d.h. in Kombination von natur- und sozialwissenschaftlichen Analysemethoden. Im Verlauf der vergangenen 15 Jahre hat die Forschungsgruppe fundierte Expertisen im Bereich kooperativer Rüstungssteuerung und Rüstungstechnologiefolgenabschätzung aufgebaut. Diese flossen sowohl in internationale Diskurse und Abrüstungsvorschläge wie auch in die nationale Rüstungskontrollpolitik ein. IFAR² beteiligt sich an internationalen (Pugwash Conferences on Science and World Affairs, Amaldi-Konferenzen, International Summer Symposium on Science and World Affairs) wie nationalen Forschungsnetzwerken (DPG, FONAS) und kooperiert eng mit renommierten Forschungsinstitutionen in den USA (The Brookings Institution, Carnegie Endowment for International Peace, University of Princeton, MIT, Stanford University, University of Maryland) und Russland (IMEMO; MGIMO), die ebenfalls zu der o.g. Problematik forschen. IFAR² hat eine eigene Reihe von Working Papers und Fact Sheets, beteiligt sich im Rahmen der Lehre am Masterstudiengang Peace and Security Studies und führt Promotionsprojekte durch.

Forschungsprojekte

Die Forschung von IFAR² in den letzten fünf Jahren orientierte sich bis 2013 am alten Mittelfristigen Arbeitsprogramm (MAP), seit 2013 am neuen MAP des IFSH. In der ersten Phase lag der Schwerpunkt im Bereich der Erforschung der Themenfelder Raketenabwehr, der nicht von Vertragsregimen erfassten taktischen Nuklearwaffen in Europa, der Debatte um eine nuklearwaffenfreie Welt, der Weltraumrüstung und der nicht-integrativen Rüstungskontrolle. Ein weiteres Arbeitsfeld waren Aspekte der Verbreitung von Rüstungs- und Dual-Use-Technologien, insbesondere die Konkurrenz zwischen Exportbeschränkungen und technologischer Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern.

In der zweiten Phase ab 2013 lagen die Schwerpunkte aufgrund der sich verändernden politischen Rahmenbedingungen, insbesondere in Europa, auf klassischen Themen der Rüstungskontrolle in Europa, wie beispielsweise der Zukunft der tiefgreifenden nuklearen Abrüstung (Deep Cuts) und auf neuen strategischen sowie konventionellen Rüstungstechnologien. Hinzugekommen sind im Rahmen des neuen MAP vor allem neue Instrumente der Kriegführung wie unbemannte Systeme, Drohnen und Cyberwarfare, die in Einzelprojekten seit 2013 und im Rahmen der QAG I näher erforscht und diskutiert werden. IFAR² war maßgeblich an der Erarbeitung der UNIDIR-Studie „The Cybersecurity Index“ (2013) beteiligt, in dem erstmalig eine umfassende Bestandsaufnahme der Problematik in Bezug auf militärische und zivile Institutionen und die Möglichkeiten der Vertrauensbildung erarbeitet wurde. Erste konkrete Maßnahmen flossen 2014 in die Arbeit der OSZE unter dem Schweizer Vorsitz sowie in den Weißbuch-Prozess des Bundesverteidigungsministeriums (2015) ein. Gemeinsam mit Informatikern gründete IFAR² an der Universität Hamburg eine entsprechende Arbeitsgruppe, die eine Vorlesungsserie und einen Workshop zur Problematik durchführte. Basierend auf einem Gutachten („Stand und Perspektiven der militärischen Nutzung von unbemannten Systemen“) für das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages (TAB) wurden kontinuierlich Fragen der Drohnenkriegführung, deren Proliferation und Rüstungskontrollpotenzial untersucht.

Zu den kontinuierlich bearbeiteten Themen gehören außerdem die Erosion des Atomwaffensperrvertrages (NVV), taktische Nuklearwaffen in Europa, die Iran-Kontroverse, Waffenhandelskontrolle und die Zukunft der Rüstungskontrolle. Hierzu hat IFAR veröffentlicht und zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Ein Highlight war die Pugwash-Jahrestagung 2011 in Berlin. IFAR² konzipierte die Tagung und beteiligte sich im Rahmen einer Personalentsendevereinbarung mit dem Auswärtigen Amt an der Vorbereitung und Durchführung dieser ca. 450 Experten aus aller Welt umfassenden Konferenz.

Forschungs- und Dialogvorhaben

Besondere Aufmerksamkeit verdienen kombinierte international ausgerichtete Forschungs- und Beratungsprojekte. Die William and Flora Hewlett Stiftung förderte 2010-2013 ein dreijähriges internationales Projekt zur „Reduzierung der Bedeutung taktischer Nuklearwaffen in Europa“, das IFAR² gemeinsam mit dem British American Security Information Council (BASIC) und der Arms Control Association (ACA) durchführte. Hierzu fanden nicht nur 13 Runde Tische und Workshops in NATO-Schlüsselstaaten statt, die Projektpartner verfassten darüber hinaus konkrete Politikempfehlungen sowie zahlreiche Veröffentlichungen. In Zusammenarbeit mit ZEUS erarbeitete IFAR² 2013 in einjähriger Arbeit eine umfassende Studie zu künftigen sicherheitspolitischen Risiken und Bedrohungen

unter den Aspekten der zivilen Sicherheit und des Zivilschutzes für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Mit der aktuellen Krise um die Ukraine hat sich das sicherheitspolitische Umfeld radikal gewandelt und erfordert neue Überlegungen auch im Hinblick auf Rüstungskontrolle, Krisenmanagement und Vertrauensbildung, um ein erneutes Wettrüsten zwischen der NATO und Russland zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund leitet IFAR² seit 2013 in drei aufeinanderfolgenden Phasen das Forschungs- und Beratungsprojekt „Challenges to Deep Nuclear Cuts“. Ziel dieses 2013 angelaufenen Projekts ist es, den Rüstungskontrolldialog auf Ebene der offiziellen Nuklearwaffenstaaten (P5) aufrechtzuerhalten, Hindernisse auf dem Weg weiterer U.S.-russischer Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich aufzuzeigen und konkrete Lösungsvorschläge für deren Überwindung zu unterbreiten. Dafür wurde eine trilaterale Kommission, bestehend aus je sieben hochrangigen Experten aus den USA, Russland und Deutschland, gegründet, die einen Track-II-Dialog zu den Möglichkeiten des Krisenmanagements und realistischer Rüstungskontrolle führt.

Mittelfristige Schwerpunkte und Ziele

Da IFAR² aufgrund der Kombination von naturwissenschaftlich-technischer Expertise und friedens- bzw. sicherheitspolitischer Orientierung ein besonderes Profil besitzt, sollen die künftigen militär-technischen Entwicklungen bei den strategischen Rüstungstechnologien, der fortschreitenden „Revolution in Military Affairs“ (Robotik, Unbemannte Systeme, Cybertechnologien) ebenso weiter verfolgt werden wie Fragen des Dual-Use, der Weiterverbreitung und der Rüstungskontrolle, des Waffenhandels und Rüstungsexports und der nuklearen Modernisierung. Auch müssen angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen die Themenfelder nukleare Abrüstung und Modernisierung, moderne konventionelle Kriegführung, Nichtverbreitung von Risikotechnologien sowie Dual-Use-Entwicklungen des Cyberspace und des Weltraums vertieft werden.

Für die Fortführung der Forschungs- und Beratungstätigkeit in den genannten Feldern ist naturwissenschaftliche Kompetenz unverzichtbar. Hierfür muss mindestens eine Dauerstelle besetzt sein, um Kontinuität zu gewährleisten. Um das Spektrum an relevanten Technologien abdecken zu können, sollte der Inhaber bzw. die Inhaberin dieser Stelle durch eine naturwissenschaftlich ausgerichtete Nachwuchswissenschaftlerin unterstützt werden. Dies ist mit den gegenwärtigen dem IFSH zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich.

Die neu eingerichtete Juniorprofessur mit dem Schwerpunkt Rüstungskontrolle, Abrüstung und Non-Proliferation hat einen politikwissenschaftlichen Schwerpunkt. Da die Berufung zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht erfolgt ist, ist noch offen, ob sich weitere und andere Forschungsthemen für die Zukunft ergeben. Wunsch des IFSH ist interdisziplinäre Kooperation in den genannten Arbeitsfeldern.

4.4 Institutsübergreifende Aktivitäten

Hier sind Forschungs- und Beratungsaktivitäten zusammengefasst, die unmittelbar in der Verantwortung der Institutsleitung liegen. Hierzu gehört insbesondere die Bearbeitung strategischer Aspekte der Forschung, die Vorbereitung von größeren Projekten, an denen Personen aus mehreren Teilbereichen beteiligt sind sowie institutsübergreifende Publikations- und Beratungsformate, wie die Zeitschrift Sicherheit und Frieden und die Beteiligung am jährlichen Friedensgutachten.

Außerdem wurde, nachdem sie zuerst bei IFAR angelagert war, die Kooperation mit der Universität im Rahmen des KlimaCampus in die unmittelbare Verantwortung der Institutsleitung gestellt, als sich die Überschneidung mit IFAR-Schwerpunkten als geringer erwies als erwartet. Themen, die in der Vergangenheit im Bereich der Klimafolgenforschung erfolgreich bearbeitet wurden, umfassen die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und bewaffnetem Konflikt, die friedens- und sicherheitspolitischen Folgen des Geoengineering und die Analyse von Vorstellungen über die Folgen des Klimawandels für Streitkräfte. Seit 2012 ist klimainduzierte Migration der inhaltliche Schwerpunkt (siehe Anlage A33). Neben konzeptionellen Arbeiten wurde eine größere Fallstudie zur Bedeutung von ökologischen Aspekten, insbesondere der Binnenmigration, für die Entstehung des Syrienkonflikts erarbeitet. Diese Arbeiten flossen in die Diskussionen in der Querschnittsarbeitsgruppe 2 ein.

Die Fortführung der genannten institutsübergreifenden Aktivitäten auch nach dem Ausscheiden des jetzigen Direktors im September 2016 liegt im Interesse des Instituts, ist jedoch aufgrund der Ressourcensituation nicht gesichert. Unter den Publikationsvorhaben hat die Beteiligung am Friedensgutachten, als „Flaggschiff“ der deutschen Friedensforschung, Vorrang vor der Zeitschrift Sicherheit und Frieden. Allerdings wäre der Verlust dieser Zeitschrift – die Übernahme der Redaktion durch eine andere Institution ist nicht ersichtlich – für den Dialog zwischen Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Deutschland bedauerlich. Der jetzige Institutsleiter hat sich bereit erklärt, für das IFSH bis zum Ende der Laufzeit des Exzellenzclusters CLISAP (Oktober 2017) im KlimaCampus aktiv zu bleiben. Eine Fortführung der Klimafolgenforschung am IFSH darüber hinaus wäre, nicht zuletzt im Sinne der Kooperation mit der Universität Hamburg, sehr wünschenswert, ist aber personell nicht gesichert.

5. Kooperation und Vernetzung

5.1. Institutionelle Kooperation mit Hochschulen

Die enge Bindung an die Universität Hamburg (siehe Anlage A44) erhält ihren Rahmen durch einen Kooperationsvertrag (Anlage A31), der für einzelne Projekte, wie gemeinsame Berufungen, durch weitere Kooperationsverträge ergänzt wird. Vorrangig sind dabei der gemeinsame MPS-Studiengang zu nennen (Abschnitt 3.3), das Carl Friedrich von Weizsäcker Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) der Universität Hamburg und die Beteiligung am Exzellenzcluster CLISAP (Climate Systems Analysis and Prediction) im Rahmen der Arbeitsgruppe Klimawandel und Sicherheit (CLISEC).

Das ZNF wird gemeinsam von allen Fakultäten und dem Präsidium der Universität Hamburg sowie dem IFSH getragen. Das IFSH stellt eines der drei Mitglieder des Direktoriums des ZNF. Enge Kooperation besteht in der Lehre im Rahmen des MPS sowie in Angeboten in der Lehre der Physik, die zu einem guten Teil gemeinsam von Mitarbeitern des IFSH und des ZNF durchgeführt wird. Weitere wichtige Kooperationsfelder sind gemeinsame Forschung, aktuell mit den Schwerpunkten Verifikation atomarer Abrüstung und Cybersecurity, sowie die gemeinsame Betreuung von Doktoranden.

Seit 2008 ist das IFSH über Michael Brzoska, der als PI für eines der „topics“ im Exzellenzcluster CLISAP mitverantwortlich ist, mit der Klimafolgenforschung in Hamburg verbunden. Neben der Forschung zu den aktuellen und prospektiven Folgen des Klimawandels auf Frieden und Sicherheit ist hier besonders zu erwähnen, dass es gelang, eine Professur zu „Klimawandel und Sicherheit“ an der Universität Hamburg zu etablieren, mit deren Inhaber, Prof. Jürgen Scheffran, enge Kooperationsbeziehungen im Rahmen von CLISEC bestehen.

5.2. Institutionelle Kooperation mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland

Am Standort Hamburg ist die Kooperation mit dem GIGA (German Institute for Global and Area Studies) von besonderer Bedeutung (siehe Kooperationsvertrag Anlage A32). Den Doktoranden des IFSH und des GIGA stehen die Angebote der jeweils anderen Institution offen. An einer Reihe von größeren Forschungsvorhaben am GIGA, so etwa „Institutions for Sustainable Peace“ und „IDCAR (international diffusion and cooperation of authoritarian regimes)“ waren und sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH beteiligt und bringen dort vor allem Kenntnisse zu Regionen ein, die nicht Gegenstand der Forschung am GIGA sind. Im Sommer und Herbst 2015 führen GIGA und IFSH eine gemeinsame Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Wie sicher ist die Seidenstraße“ durch, in der aktuelle friedens- und sicherheitspolitische Probleme Zentralasiens im Vordergrund stehen. Das IFSH strebt einen weiteren Ausbau der Kooperation mit dem GIGA an, wofür sich neben der Region Zentralasien auch vergleichende Forschung anbietet, in die das IFSH seine Regionalkompetenz einbringt.

Sehr gute wissenschaftliche Beziehungen bestehen am Standort Hamburg auch zur Helmut-Schmidt-Universität (HSU) und zum Institut für Theologie und Frieden (IThF). Die Beziehungen haben sich unter anderem in gemeinsamen Forschungsvorhaben und Publikationsprojekten konkretisiert.

HSU und IThF sind, wie auch die Führungsakademie der Bundeswehr, lokale Kooperationspartner des MPS-Studiengangs. Zu den Residenzinstituten des MPS-Studiengangs gehören außerdem unter anderem das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhr-Universität Bochum, das Bonn International Center for Conversion (BICC) und die Berghof Foundation in Berlin (Anlage A45). Eine weitere bedeutende Kooperation ergibt sich aus der Zusammenarbeit der fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute bei der gemeinsamen Herausgabe des Friedensgutachtens.

Weitere Netzwerke werden von den Teilbereichen des IFSH getragen, so das OSCE Network und das Netzwerk des Deep-Cuts-Projekts. Starke thematische Vernetzungen bestehen unter anderem im Bereich der Forschung zu Abrüstung und Rüstungskontrolle, zu Terrorismus und Radikalisierung, zu internationalen Sanktionen und zur Forschung zu Zentralasien (Anlagen A43, A36).

Das IFSH beherbergt regelmäßig Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler (siehe Anlage A34), die mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Teilbereichen kooperieren. Da dem IFSH keine Mittel für Gastaufenthalte zur Verfügung stehen, bestreiten alle Gäste ihre Aufenthalte überwiegend mit eigener Finanzierung, meistens in Form von Stipendien des DAAD oder ihrer Heimatinstitutionen. Das Spektrum der Gäste ist sowohl in Bezug auf ihre wissenschaftliche Erfahrung als auch ihre Aufenthaltsdauer breit. Die Nachfrage übersteigt deutlich die räumlichen Kapazitäten des IFSH. Für 2016 sind bereits Zusagen für Gastwissenschaftler aus Australien (finanziert durch die Humboldt-Stiftung) und der Türkei (finanziert durch ein Jean-Monnet-Fellowship) gegeben worden.

Zahl und Länge der Aufenthalte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem IFSH haben einen geringeren Umfang (Anlage A35). Durch eine institutionelle Kooperation ist das IFSH mit der East China Normal University in Shanghai verbunden, die unter anderem alle zwei Jahre Vorlesungen eines IFSH-Wissenschaftlers bzw. einer -Wissenschaftlerin in Shanghai vorsieht.

6. Personal- und Nachwuchsförderung

Am IFSH sind mit Stichtag 1.8.2015 (Anlage A38) 31 Personen, 17 wissenschaftliche und 15 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter/innen (davon 4 Studentische Hilfskräfte), angestellt, davon 20 in Teilzeit. Laut Stellenplan (Anlage A25) verfügt das IFSH über 10,3 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter/innen (einschließlich Institutsleitung), davon sind zurzeit 8 unbefristet und 1 (halbe Stelle) befristet besetzt. Der Stellenplan des IFSH ist nicht ausfinanziert. Zum Stichtag sind knapp 3,0 Stellen am Stichtag unbesetzt (knapp 2 aus finanziellen Gründen, eine wegen laufenden Verfahrens der Besetzung). 9 wissenschaftliche Mitarbeiter/innen werden aus Drittmitteln finanziert.

Die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter/innen sind vorwiegend unbefristet beschäftigt. Unter dem wissenschaftlichen Personal sind 10 (davon 9 aus Drittmitteln finanziert) befristet angestellt, 8 unbefristet. Der Frauenanteil beim nichtwissenschaftlichen Personal liegt bei 65,34 %, beim wissenschaftlichen bei 45,45 %. Frauen in Leitungsfunktionen gibt es bislang nicht (s.a. Kap. 6.2.) (alle Zahlen: Stand August 2015).

6.1. Personalentwicklung an der Einrichtung – Personalstruktur

Im Rahmen des Stellenplanes freiwerdende Stellen am IFSH werden grundsätzlich ausgeschrieben, Stellen im wissenschaftlichen Bereich dabei grundsätzlich international. Für die Besetzung werden Kommissionen eingesetzt, in der neben der Institutsleitung der Betriebsrat und die Gleichstellungsaufträge sowie nach fachlichem Bedarf weitere Mitarbeiter/innen angehören (Anlage A38). Bei extern finanzierten Projektstellen ergibt sich die Besetzung der Stelle häufig durch die Beteiligung von Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen an der Antragstellung. Ist dies nicht der Fall, wird die Stelle ebenfalls grundsätzlich international ausgeschrieben. Es besteht in den Gremien des IFSH Einvernehmen darüber, dass die Position des wissenschaftlichen Direktors im Rahmen einer gemeinsamen Berufung des IFSH mit der Universität Hamburg besetzt wird. Weiterhin wurde 2014 auf Anregung des Wissenschaftlichen Beirats durch das Kuratorium beschlossen, eine Juniorprofessur einzurichten. Die politikwissenschaftliche Ausschreibung mit Schwerpunktsetzung im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung stieß auf großes internationales Interesse; das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. In der Satzung ist geregelt, dass Leitungsstellen nur mit Zustimmung des Kuratoriums besetzt werden dürfen. Eine solche Stelle stand im Berichtszeitraum nicht zur Besetzung an, weswegen es keine Erfahrung mit einem geeigneten Verfahren gibt. Stellen im Rahmen des Stellenplanes für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden auf fünf Jahre befristet, wobei die Möglichkeit einer Entfristung besteht. Die Entscheidung über die Entfristung trifft die Institutsleitung auf der Grundlage je eines internen und externen Fachgutachtens.

Die Altersstruktur des wissenschaftlichen Personals am IFSH ist durch eine hohe Zahl älterer Kollegen gekennzeichnet. In den nächsten Jahren werden zahlreiche Personen ausscheiden (siehe Anlage A37), beginnend mit dem wissenschaftlichen Direktor, der seine Absicht erklärt hat, seine Tätigkeit im September 2016 zu beenden. Für seine Nachfolge ist ein Kooperationsvertrag für eine gemeinsame Berufung des IFSH mit der Universität Hamburg in Vorbereitung. Die Besetzung der Stelle soll möglichst nahtlos mit dem Ausscheiden des jetzigen wissenschaftlichen Direktors erfolgen. Über die Verfahren zur Besetzung der weiteren Leitungsstellen ist noch nicht in den Gremien des IFSH beraten worden.

Abhängig von der Entscheidung über die Fortführung der bestehenden Teilbereiche, ist es aber notwendig, vorhandenes „Kapital“ in Form von sehr speziellen Kenntnissen und besonders intensiver Vernetzung in zukunftssträchtigen Bereichen, in denen das IFSH besonders gut ausgewiesen ist, durch ähnliche Expertise zu ersetzen. Dies gilt vor allem für die Forschung zur OSZE durch Wolfgang Zellner sowie interdisziplinärer Expertise auf naturwissenschaftlicher Grundlage von Götz Neuneck im Bereich Abrüstung und Rüstungskontrolle. Eine Neubesetzung der Leitungspositionen durch gemeinsame Berufungen mit der Universität erscheint hier problematisch, da sich die gewünschten Kenntnisse in diesen beiden Themenfeldern nicht leicht Fachdisziplinen zuordnen lassen und der Anteil der Beratung an der wissenschaftlichen Arbeit besonders hoch ist. Zur Wahrung und Übertragung des durch die beiden Genannten erworbenen Kenntnisse und Netzwerke ist aus Sicht der Leitung des IFSH die vorgezogene Einstellung von Nachfolgern bzw. Nachfolgerinnen geboten, durch die sich eine zeitliche Überlappung von mindestens einem, besser zwei Jahren ergäbe. Diese Einschätzung wird vom Wissenschaftlichen Beirat des IFSH unterstützt, ist aber aus den vorhandenen finanziellen Mitteln nicht finanzierbar, hierfür sind zusätzliche Mittel notwendig.

6.2. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Seit 2009 ist am IFSH eine Gleichstellungsbeauftragte tätig, die einen jährlichen Gleichstellungsbericht erstellt (siehe Anlage A39). Der Anteil von Frauen an der Gesamtbelegschaft sowie im Bereich des wissenschaftlichen Personals ist im Berichtszeitraum gestiegen. Allerdings ist auch deutlich, dass der Anteil von Frauen mit Festanstellungen deutlich geringer ist als der von Männern und in der Leitungsebene keine Frauen vertreten sind. Wesentliche Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung bestehen in der Anwerbung und Fortbildung von Mitarbeitern/innen. Für Fortbildungen haben Mitarbeiterinnen des IFSH auch die Angebote der Universität Hamburg genutzt. Der Anstieg des Anteils von Frauen im Bereich des wissenschaftlichen Personals zeigt, dass die Maßnahmen zur Anwerbung von Mitarbeiterinnen Fortschritte erbracht haben. Veränderungen auf der Leitungsebene werden mit dem anstehenden Generationswechsel erfolgen.

6.3. Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Das 2002 am IFSH eingeführte strukturierte Doktorandenprogramm enthält die Elemente Doppelbetreuung, Integration in Forschungsprojekte und wissenschaftliche Fortbildung. Im Zuge der Vereinbarung mit dem GIGA zur Doktorandenbetreuung sowie der Einführung von Graduate Schools an der Universität Hamburg hat sich der Charakter der Doktorandenförderung verändert. So werden am GIGA oder in CLISAP eingebundene Doktoranden/innen am IFSH betreut, Doktoranden/innen des IFSH nehmen Fortbildungsangebote des GIGA und der Graduate Schools wahr. Insgesamt hat dadurch die Vielfalt der institutionellen Verankerung der am IFSH betreuten Doktoranden/innen zugenommen (Anlage A40). Die Einführung einer neuen Promotionsordnung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität hat dazu geführt, dass im Jahr 2015 eine große Zahl von Doktorandinnen und Doktoranden ihre Arbeiten abgegeben haben, wodurch die Anzahl der Betreuten gesunken ist. Zur Promotionsbetreuung am IFSH sind neben den Professoren Michael Brzoska und Götz Neuneck (MIN-Fakultät) auch die Teilbereichsleiter Wolfgang Zellner und Hans-Georg Ehrhart zugelassen.

7. Qualitätssicherung

7.1. Internes Qualitätsmanagement der Einrichtung

Im IFSH erstellte Texte für Veröffentlichungen und Projektideen und Entwürfe für Forschungsanträge werden routinemäßig in Sitzungen der Teilbereiche diskutiert. Thematisch einschlägige Texte, Projektideen und Antragsentwürfe werden zudem in Sitzungen der jeweiligen Querschnittsarbeitsgruppen besprochen. Für hauseigene Publikationen ist ein Herausgeberverfahren obligatorisch. Fortgeschrittene Projektanträge werden zusätzlich in kleineren, von den Antragstellern koordinierten Runden aus fachlich besonders kundigen Kolleginnen und Kollegen sowie unter Beteiligung der Institutsleitung diskutiert. Projektanträge können nur nach Genehmigung durch die Institutsleitung bei einer Förderinstitution eingereicht werden.

7.2. Qualitätsmanagement durch den Wissenschaftlichen Beirat bzw. Nutzerbeirat

Der wissenschaftliche Beirat tagte in den letzten Jahren mindestens einmal im Jahr mit persönlicher Anwesenheit (Anlage A42). Auf diesen regulären Sitzungen wurde der jährliche Forschungsplan diskutiert. Die Stellungnahmen zum Jahresbericht des IFSH werden im Umlaufverfahren beschlossen. Das Kuratorium nimmt Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Beirats zum Forschungsplan und zum Jahresbericht entgegen und entscheidet über dessen Vorschläge. Die Umsetzung obliegt in der Regel der Institutsleitung.

8. Verzeichnis der Anlagen

A1	Satzung
A2	Organigramm
A3	CV Brzoska
A4	CV Zellner
A5	CV Neuneck
A6	CV Ehrhart
A7	Mitglieder Wissenschaftlicher Beirat 2010-2015)
A8	Mitglieder Kuratorium (2010-2015)
A9	Liste in- und ausländischer Institutionen in den Arbeitsfeldern
A10	Arbeitsprogramm „Transnationale Gewalttrisiken“
A11	Arbeitsprogramm „Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“
A12	Forschungsplan 2015
A13	Liste der wichtigsten Veröffentlichungen 2010-2014
A14	Anzahl Veröffentlichungen 2010-2014
A15	Herausgaben von wissenschaftlichen Zeitschriften
A16	Begutachtungen für wiss. Zeitschriften, Forschungsbeiräte etc.
A17	Beratungsleistungen
A18	Mitarbeit in politikberatenden Gremien etc.
A19	Liste größere Drittmittelprojekte (über 20k€)
A20	Drittmittelaufstellung, 2010-2014
A21	IFSH größere wissenschaftliche Veranstaltungen
A22	Wesentliche Teilnahmen von IFSH-Wissenschaftlerinnen an zentralen externen Konferenzen/Kongressen
A23	Öffentliche Veranstaltungen
A24	Internet-Nutzung
A25	Wirtschaftsplan/Stellenplan 2015

A26	Auswertung Zeitaufwand/Aufgaben
A27	Veröffentlichungen nach Arbeitsbereichen
A28	Liste Wissenschaftlerinnen/ Wissenschaftler nach Teilbereichen (Stand: 1.9.2015)
A29	Daten zur Lehre
A30	MPS Akkreditierungsbescheid
A31	Kooperationsvertrag IFSH-UHH
A32	Kooperationsvertrag IFSH-GIGA
A33	CLISAP C4
A34	GastwissenschaftlerInnen 2010-2015 (Namen, Heimatinstitution, Thema, Datum (Monat), Zeitraum)
A35	Gastaufenthalte IFSH-Wissenschaftlerinnen
A36	Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Netzwerken, Kooperationen
A37	Anstehende Pensionierungen (Daten)
A38	Tabelle zu Personal der Einrichtung
A39	Gleichstellungsbericht 2014
A40	Abgeschlossene und laufende Promotionen 2010-2015 (Titel)
A41	IFSH-Sommerschulen 2010-2015 und OSZE Trainings
A42	Protokolle Sitzungen wiss. Beirat 2010-2014
A43	Kooperationen in Projekten
A44	Kooperationen mit der Universität Hamburg
A45	Residenzinstitute MPS
A46	Verbleib ehemaliger Mitarbeiter des IFSH 2010-2015